VBE

03/2016
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
03.03.2016 / 67. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Landtagswahl 2016: Alle reden von Bildung – wer macht ernst?

- VBE-Vertrauensleute stellen sich vor
- Grundschulkampagne 2016 / Wechselprüfung II

– Inhalt –

Leitartikel	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
Reportage	17
Junger VBE	19
VBE-Vertrauensleute	21
Medien	22
Recht	23
Infos & Technik	25
Aus den Kreisverbänden	27
Wir gratulieren	28
Aus den KV/ Termine	29
Zum Schluss ...	30

Impressum

03. März 2016, 67. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 0 61 31-61 64 22, Telefax: 61 64 25
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Dominik Hoffmann *dh*
(Recht)
d.hoffmann@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Lars Lamowski *lal*
(Primarstufe)
l.lamowski@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Verlag:
VBE Bildungs-Service GmbH
Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Fotos/Grafik:
Jan Roeder: Titel, 4, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 21(2), 23, 24,
SPD Rheinland-Pfalz: 10
CDU Rheinland-Pfalz: 10
FDP Rheinland-Pfalz/Benno Kraehahn: 15
Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz/Werner Feldmann: 15
Die Linke Rheinland-Pfalz: 16
Hjalmar Brandt: 5, 21(1), 23
Dr. Markus Bachen: 29
VBE-Archiv: 3, 21 (3), 27

Die RpS erscheint zehnmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
14.03.2016 für Heft 04/2016
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 04. April 2016.

– Editorial –

Grundschulkampagne: VBE in der Aktuellen Stunde des Landtags

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selten zuvor hat eine VBE-Pressekampagne solch eine unmittelbare mediale und politische Resonanz erzeugt wie die Veröffentlichung der Ergebnisse der landesweiten VBE-Grundschulumfrage in der letzten Januarwoche und die Vorstellung der Grundschulkampagne **„... ein guter GRUND SCHULE zu stärken!“** (siehe auch Seite 7 dieser RpS-Ausgabe).

Der VBE-Appell zur Aufwertung der Grundschulen in Rheinland-Pfalz richtet sich an alle politischen Parteien. Keine Partei hat in der Vergangenheit auch nur den Versuch unternommen, die Grundschulen und die Grundbildung in unserem Land den übrigen Schularten gleichzustellen. Dem VBE geht es nicht um Einzelmaßnahmen, sondern um ein schulpolitisches Gesamtpaket.

Doch nicht nur die Medien und Netzwerke haben sich umfassend mit dem Thema befasst, das der VBE ins Rollen gebracht hat. In der Woche der VBE-Pressekonferenz tagte auch der Landtag Rheinland-Pfalz. Und weil sich der Landtag auch mit sehr aktuellen Themen befasst, stand am 28. Januar 2016 die Grundschulsituation in Rheinland-Pfalz auf der Tagesordnung der Aktuellen Stunde. Und damit auch der VBE und seine Umfrage.

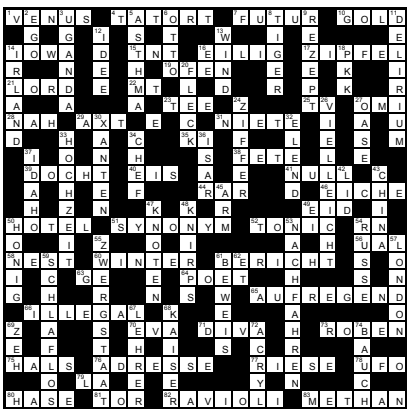
Nun ist es sicher der CDU-Fraktion zu danken, dass sie das Thema in die Aktuelle Stunde gebracht hat. Gleichwohl verzerrt es die Verhältnisse, wenn diese Partei die Ergebnisse der VBE-Umfrage im Wahlkampf gegen die jetzige Landesregierung einsetzen wollte.

Sicher ist die Landesregierung für die aktuelle Situation an den Grundschulen politisch verantwortlich. Aber auch die Opposition muss erst glaubhaft machen, dass sie es besser kann. Möglicherweise wird sie dazu nach dem 13. März 2016 Gelegenheit haben.

Der VBE Rheinland-Pfalz wird seine Kampagne für die Grundschulen unter dem Motto **„... ein guter GRUND SCHULE zu stärken!“** auch nach den Landtagswahlen fortführen und alle Parteien in die Pflicht nehmen, insbesondere die neue Landesregierung, wie auch immer diese aussehen wird.“

Ihre RpS-Redaktion

Hier die Auflösung des Rätsels aus Heft 02/2015



ERFOLG IST WIE EINE PERFEKTE TOMATEN-HACKFLEISCH-SAUCE ES MUSS IMMER EWIG KOECHELN

Landtagswahl 2016:
Am 13. März sind wir alle gefragt!

Hubertus Kunz

Es scheint das Schicksal der rheinland-pfälzischen Landtagswahlen zu sein, von Themen bestimmt zu werden, die keine originären Landesthemen sind.

War es im Jahre 2011 die Atomkatastrophe von Fukujima, die alles andere dominierte und letztlich zu einem grandiosen Ergebnis für die Grünen und dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag führten, so scheint in diesem Jahr die Flüchtlingsproblematik alles andere zu überlagern.

Das klassische Thema bei Landtagswahlen ist eigentlich die Bildungspolitik. In keinem anderen Politikfeld sind die Gestaltungsmöglichkeiten eines Landes so groß und so autonom. Ob das immer vorteilhaft ist, daran mag man ob mancher Stilblüte des Kulturföderalismus zweifeln. 16 Bundesländer schaffen 16 Bildungssysteme. Was das heißen kann, weiß jeder, der in Deutschland schon mal umgezogen ist. Aber das ist eine andere Baustelle.

Bildung haben also auch alle Parteien, die mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten in den Landtag Rheinland-Pfalz einziehen wollen, als zentrales und wichtiges Wahlthema proklamiert. Aber wer setzt wirklich darauf, wer punktet mit klaren Antworten auf bildungspolitische Fragen, die sich seit Langem stellen – auch ohne oder vielleicht sogar gerade wegen der Einwanderungsentwicklung?

Der VBE hat im Vorfeld der Landtagswahl 2016 die Parteien gebeten, ihre bildungspolitischen Ziele für die VBE-Mitglieder zu präzisieren und dabei sieben für den VBE besonders wichtige Fragen zu berücksichtigen (Anm. d. Red.: ab Seite 8 in diesem Heft).

In seiner Jahresauftaktpressekonferenz hat der VBE überzeugend dargelegt, dass die Basis unseres Schulsystems, die Grundschulen, erhebliche Defizite aufweist. Grundschulen sind im Vergleich zu anderen Schularten hoffnungslos unterfinanziert.

Wozu solche Defizite im gesamten öffentlichen Dienst führen können, zeigt die Diskussion um die Bewältigung der Zuwanderung nach Deutschland. Es ist unbestritten, dass die Integration der jüngeren Zuwanderer im Wesentlichen die Schulen zu schultern haben. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Schulen mit den notwendigen Lehrkräften ausgestattet werden, um diese wichtige Integrationsaufgabe für die Gesellschaft erfüllen zu können.

Nicht zuletzt geht es dem VBE als Lehrergewerkschaft mit Biss auch um die Gleichstellung der Lehrkräfte. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. Dezember 2014 ist der Einstieg und hat klar den Weg aufgezeigt. Alle Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen müssen eine realistische und zumutbare Chance erhalten, nach A 13 besoldet zu werden. Hier erwarten wir von der neuen Landesregierung klare und zügige Entscheidungen, nachdem die alte nur den Kriechgang eingelegt hat und nicht locker lassen wird der VBE in seinem Bemühen, die Lehrkräfte in den Grundschulen denen der anderen Schularten in Ausbildung, Arbeitszeit und Status gleichzustellen.

Last but not least geht es bei der Landtagswahl 2016 auch um das Megathema Inklusion. Hier fehlt es den Schulen eklatant an Lehrkräften, die in Förderpädagogik ausgebildet sind. Kein Kind darf schlechter ausgebildet werden, wie dies bisher schon an Förderschulen gelungen ist; die pädagogischen Standards der Förderschulen gelten selbstverständlich auch weiterhin. Hier bedarf es zusätzlicher finanzieller Anstrengungen des Landes, um die Ausbildung der beeinträchtigten Kinder adäquat zu gewährleisten.

Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, diese große pädagogische Aufgabe zu meistern, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtig ist. Jeder einzelne junge Mensch muss so gefördert und ausgebildet werden können, dass er als selbstbewusster und mündiger Mitbürger am demokratischen Leben unserer Gesellschaft voll und ganz teilhaben kann. Nichts anderes gibt uns unsere Verfassung auf.

Darum also geht es bei der Wahl zum Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 aus bildungspolitischer Sicht ganz besonders: dass nicht nur Ziele formuliert werden, die wir für gut halten, sondern auch die Mittel zur Verfügung stehen, damit gelingen kann, was gelingen soll!

Wir brauchen Politikerinnen und Politiker im Landtag, die sich dieser Sichtweise annehmen, die schulpolitisch „geerdet“ sind, die eine pragmatische Vision haben und wissen, wie Schule „tickt“!

Der VBE wird sich auch nach der Wahl dafür einsetzen, dass die Schulen in die Lage versetzt werden, ihrer unverzichtbaren gesellschaftlichen Aufgabe, mündige Bürger aus der Schule zu entlassen, gerecht zu werden! Das bedeutet auch eine entsprechende Wertschätzung für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht nur in Worten erschöpfen darf. Für den VBE zählen die Taten.

Bildung bleibt das eigentliche Thema der Zukunft – welches Fass auch immer am nächsten Landtag vorbei den Rhein runter schwimmt.

Hubertus Kunz
stellvertretender VBE-Landesvorsitzender

Jeder siebte Schüler erhält Nachhilfe

Jeder siebte Schüler im Alter von 6 bis 16 Jahren nimmt einer Elternbefragung zufolge Nachhilfeunterricht. Das sind bundesweit 1,2 Millionen Schüler. Rund ein Drittel von ihnen setzt dabei auf zusätzliche Förderung, um befriedigende bis gute Leistungen zu verbessern, wie aus einer repräsentativen Bertelsmann-Studie hervorging, die am 27. Januar in Gütersloh veröffentlicht wurde. „Wir sehen den deutlichen Trend, dass es nicht mehr nur darum geht, schulisches Scheitern abzuwenden“, sagte Bildungsforscher und Studienautor Klaus Klemm der Deutschen Presse-Agentur. Vielen Eltern gehe es offenbar darum, mit besseren Noten einerseits den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium leichter zu ermöglichen oder später mit guten Notendurchschnitten die Chancen auf Ausbildungsplatz und freie Studienfachwahl zu verbessern. 61 Prozent der Nachhilfeschüler setzen auf Förderung im Fach Mathematik, gefolgt von Fremdsprachen (46 Prozent) und Deutsch (31 Prozent). Besonders ausgeprägt ist der Nachhilfebedarf der Studie zufolge an weiterführenden Schulen, am häufigsten auf dem Gymnasium: Fast jeder fünfte Gymnasiast (18,7 Prozent) nutzt Nachhilfe.

„Einfallstor für Ungleichheit“
Obwohl deutsche Schüler damit im internationalen Vergleich vergleichsweise wenig auf Zusatzunterricht angewiesen scheinen, sieht die Stiftung den Befund kritisch. „Wenn schulischer Erfolg von privat finanziertem Unterricht abhängt, ist das ein Einfallstor für Ungleichheit bei den Bildungs- und Aufstiegschancen“, warnte Klemm. Er geht davon aus, dass unter größer werdendem Leistungsdruck der Bedarf nach Nachhilfe künftig eher zunehmen wird. „Es wird immer wichtiger werden, gute Noten und Abschlüsse vorzuweisen, um den Anschluss zu behalten“, sagte Klemm.

Hier sehen die Experten vor allem das staatliche Bildungssystem am Zug: Viele Schulen seien noch nicht ausreichend auf die Vielfalt in ihren Klassenzimmern eingestellt, heißt es in der Studie. Dabei sei es eine Kernaufgabe der Schulen, die Potenziale von Jugendlichen so zu fördern, dass private Nachhilfe nicht mehr nötig sei, ergänzte Klemm, emeritierter Bildungsforscher der Universität Duisburg Essen.

Ähnlich positionieren sich die Lehrerorganisationen. Die Nachfrage nach privater Nachhilfe bestätige, dass Eltern viel Wert auf individuelle Förderung ihrer Kinder legten, teilte Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), mit. An Schulen müsste das individuelle Fördern daher ein Schwerpunkt werden, Lehrer sollten entsprechend aus- und weitergebildet werden.

Für die Bertelsmann-Stiftung hat infratest dimap Anfang 2015 in einer bundesweit repräsentativen Stichprobe rund 4300 Eltern zur Nutzung von Nachhilfe befragt.

Internet: PM zur Studie: http://dpaq.de/2Nvmh

dpa

Lieferanten-Check soll Schul- und Kita-Essen verbessern

Ein neues bundesweites Check-Verfahren soll die vielerorts mangelnde Qualität beim Schul- und Kita-Essen verbessern. Das kündigte Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) am 26. Januar in Berlin an. Ein „Nationales Qualitätszentrum Schulverpflegung“, das noch im ersten Halbjahr dieses Jahres starte, solle Zulassungsverfahren für Essens-Lieferanten („Caterer“) entwickeln. „Ich will, dass es eine Art TÜV für Schul- und Kita-Essen gibt und dass Siegel verteilt werden“, sagte der Minister bei der Vorstellung einer „Qualitätsoffensive“. „Das kann nicht Jahre dauern, das ist dringend nötig.“ Die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) müssten flächendeckend in allen Kitas und Schulen etabliert werden, forderte Schmidt. Derzeit seien diese Qualitätsvorgaben weniger als der Hälfte aller Kitas bekannt. Alle Kinder müssten sich aber nach den gleichen hohen Standards ernähren können. An Schulen werde alles geregelt, aber ausgerechnet das Essen werde zu häufig dem Zufall überlassen, kritisierte Schmidt.

Internet:
- Pressemitteilung zur Offensive: http://dpaq.de/I3Qq5
- Qualitätsstandard für die Schulverpflegung von 2014: http://dpaq.de/Z1s79
- Ergebnisse der Studie zur Schulverpflegung 2014: http://dpaq.de/dJ5gS

dpa

Gutachten: Ungleiches Lehrerentgelt ist verfassungswidrig

Die unterschiedliche Besoldung in gleichwertigen Lehrämtern ist in Nordrhein-Westfalen einem Rechtsgutachten zufolge verfassungswidrig. Demnach lässt sich eine niedrigere Besoldung der Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I im Vergleich zu Lehrern an Gymnasien, Berufskollegs und in der Sekundarstufe II nicht länger rechtfertigen. Das geht aus einem am 22. Januar 2016 in Düsseldorf vorgestellten Gutachten des Würzburger Juris-

ten Ralf Brinktrine für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW hervor. Nachdem der Landesgesetzgeber 2009 einen einheitlichen Ausbildungsrahmen für alle Lehrer beschlossen habe, seien alle Rechtfertigungen für unterschiedliche Besoldungen entfallen, erläuterte Brinktrine. Für alle Lehrämter müssen seitdem 10 Semester Hochschulstudium plus 18 Monate Vorbereitungsdienst absolviert werden. Derzeit werden in NRW lediglich die Lehrkräfte an Gymnasien, Berufskollegs und an der Sekundarstufe II der Gesamtschulen in den höheren Dienst eingestuft. Sie erhalten in der Eingangsstufe (A 13) mit 3783 Euro monatlich rund 500 Euro mehr als Lehrer an den übrigen Schulformen. Die Lehrerausbildung und Besoldung ist Ländersache. Auch der VBE forderte die Landesregierung in einer Mitteilung auf, endlich „mehr soziale Gleichheit unter den Lehrkräften“ zu schaffen. Der Verband führt bereits seit Längerem ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg, um die verfassungswidrige Besoldung von Lehrkräften feststellen zu lassen.

Internet:
- Pressemitteilung der GEW: http://dpaq.de/hskEZ
- Pressemitteilung des VBE: http://dpaq.de/WYpZp

dpa

Hartz-IV-Empfänger bekommt Nachhilfe nicht immer bezahlt

Ein Hartz-IV-Empfänger hat nicht automatisch Anspruch darauf, dass ihm Nachhilfe für die Schule bezahlt wird. Dafür müsse schon die Versetzung in die nächste Schulklasse gefährdet sein, teilte das hessische Landessozialgericht am 13. Januar in Darmstadt mit. Abgewiesen wurde der Antrag eines Schülers der fünften Klasse. Er hatte in Englisch die Note drei, wollte sich aber verbessern. Er bezieht mit seinen Eltern und seinem Bruder Hartz IV. Die Fachlehrerin hatte dem Schüler den Angaben zufolge „Englisch-Leistungen im schwach befriedigenden Bereich“ bescheinigt und ein bis zwei Stunden Nachhilfe pro Woche für notwendig gehalten. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg habe dies abgelehnt, da „das Erreichen der wesentlichen Lernziele nicht gefährdet sei“. Das Landessozialgericht gab dem Landkreis Recht. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Internet:
Hessisches Landessozialgericht: http://dpaq.de/XvKEK

dpa

Größere Wahlfreiheit bei Inklusion an Hessens Schulen

Hessen ordnet das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Schule neu. Mit der Einführung von inklusiven Schulbündnissen sollen die sonderpädagogischen Lehrerstellen vor Ort flexibler auf die allgemeinen Schulen und die Förderschulen verteilt werden, kündigte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) am 21. Januar in Wiesbaden an. Mit diesem Konzept sollen die Eltern mehr Wahlfreiheit erhalten und es soll gewährleistet werden, dass jedem Kind in Hessen eine inklusive Beschulung an einer allgemeinen Schule ermöglicht wird.

Die inklusiven Schulbündnisse werden zum Beginn des Schuljahres 2016/17 starten und über die nächsten drei Schuljahre in drei Stufen eingeführt. Insgesamt 210 zusätzliche Stellen sollen dafür nach Angaben des Ministers zur Verfügung gestellt werden.

Die Struktur des neuen Konzepts sieht eine Kooperation verschiedener allgemeiner Schulen, der Förderschulen sowie regionaler und überregionaler Beratungs- und Förderzentren in einer Region vor. Innerhalb dieser Bündnisse wird nach Angaben des Ministeriums dann vereinbart, wie Schüler durch vorbeugende Maßnahmen unterstützt werden können.

Außerdem soll gewährleistet werden, dass Schüler, die eine sonderpädagogische Förderung brauchen, von der ersten Klasse bis zum Erreichen des bestmöglichen Schulabschlusses beschult werden können. Diese Regelung gilt laut Kultusministerium sowohl für Förderschulen als auch das inklusive System.

Internet:
- Mitteilung Ministerium: http://dpaq.de/MfJyC

dpa

Wir haben Zeit für unsere Mitglieder

Noch Fragen? Der VBE gibt Antwort.

VBE Rheinland-Pfalz, Landesgeschäftsstelle
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de, www.vbe-rp.de

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:
(von vorne nach hinten):
Sabine Asal, Marzena Koczy, Karin Müller,
Dominik Hoffmann und Hjalmar Brandt

96 Prozent der Eltern halten Handschreiben für wichtig

Mehr als 96 Prozent der Eltern halten Schreibenlernen mit der Hand heutzutage noch für wichtig, fast zwei Drittel davon sogar für sehr wichtig. Über 23 Prozent der Eltern stellen allerdings fest, dass ihre Kinder Probleme haben, mehr als 30 Minuten am Stück zu schreiben. Das wären hochgerechnet auf Deutschland 1,2 Millionen Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren, die nicht ausdauernd leserlich und ohne Verkrampfungen schreiben können.

Dies sind Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter Eltern in Deutschland, die das Schreibmotorik-Institut mit Unterstützung des Bundeselternrates durchgeführt hat. Die Probleme sind Anlass für die Konstituierung der „Aktion Handschreiben 2020“, die eine verbesserte Förderung der Schreibmotorik in den Kitas und Grundschulen etablieren möchte.

Gründungsmitglieder des Bündnisses, das im Februar auf der Bildungsmesse didacta vorgestellt wurde, sind der Didacta-Verband sowie das Schreibmotorik-Institut. Der Vorstand des Bundeselternrats unterstützt das Bündnis. Internet: www.schreibmotorik-institut.com

Bundeselternrat/RED

Bestätigt CDU-Umfrage die SPD-Bildungspolitik?

Im Auftrag der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat das Meinungsforschungsinstitut dimap im Dezember eine Befragung zur Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage in der deutschen Bevölkerung wurden jetzt veröffentlicht.

Bemerkenswert ist zunächst die hohe allgemeine Zufriedenheit (56 % sind zufrieden oder sehr zufrieden). Weiter bemerkenswert ist das Ranking nach Ländern: Den höchsten Wert erzielt Bremen, Rheinland-Pfalz steht auf Platz vier. Bestätigt damit eine Umfrage im Auftrag der CDU die SPD-Bildungspolitik?

Widersprüchlich zeigen sich die Umfrageergebnisse im Bereich der beruflichen Bildung. Die Qualität der beruflichen Bildung wird hervorragend bewertet (19 % sehr gut, 63 % eher gut) und die Berufsschulen sollten nach verbreiterter Meinung stärker gefördert werden (60 % Zustimmung); sogar 70 % stimmen voll zu, dass künftig noch mehr gut ausgebildete Facharbeiter gebraucht würden als bisher.

Allerdings: Der Trend bei den Schullaufbahnentscheidungen der Eltern ist ungebrochen: Das Gymnasium ist die neue Hauptschule, am liebsten soll‘s das Abitur sein (Übertrittsquote ins Gymnasium in 2014 in Rheinland-Pfalz: 41 %; Quelle Stat.LA).

Vollends problematisch wird die Umfrage, wenn pädagogische Fragen der Differenzierung zur öffentlichen Begutachtung herangezogen werden, so die Frage nach dem Erlernen der deutschen Sprache in Vorbereitungsklassen oder im Regelunterricht (als ob das die alleinige Alternative im Unterricht wäre). So viel Schwarz-Weiß-Malerei mag politisch hilfreich sein, den Schulen selbst hilft sie nicht.

Der Clou der Befragung ist das Thema Begabung. Auf die Frage, ob man die Förderung von begabten Schülern und Studenten für unsere Gesellschaft für wichtig halte oder nicht, antworten doch tatsächlich 92 % mit „Ja“. Erstaunlich! Man hätte auch in gleicher Weise fragen können, ob morgen die Sonne wieder aufgehen solle oder nicht.

Internet:

- http://cducsufvk.de/wp-content/uploads/2016/02/dimap-Grafiken-Schulstudie-20161.pdf

Deutschland hat zu viele schwache Schüler

Trotz spürbarer Verbesserungen im Bildungssystem nach dem „PISA-Schock“ vor 15 Jahren gilt in Deutschland immer noch fast jeder fünfte 15-jährige Schüler als zumindest teilweise äußerst leistungsschwach. Und nach wie vor ist der soziale Hintergrund eines Jugendlichen hierzulande ein entscheidender Risikofaktor für solches Schulversagen. Dies geht aus einer am 10. Februar 2016 veröffentlichten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Daten der PISA-Tests bis 2012 hervor.

Gut 140 000 15-Jährige in Deutschland erreichten demnach in diesem Zeitraum im Fach Mathematik bestenfalls das Kompetenzniveau 1 – in einer Bandbreite von 0 bis 6.

Fast 70 000 Getestete waren sogar sehr schwach in allen drei PISA-Vergleichsfeldern (Mathematik, Naturwissenschaften, Lesen und Textverständnis). „Kompetenzniveau 1 – das sind wirklich allereinfachste Aufgaben“, sagte OECD-Chefkoordinator Andreas Schleicher. „Es gibt einen relativ hohen Anteil Schüler, die nicht einmal dieses elementarste Niveau erreichen.“

Gleichwohl sei der Bereich der Problemschüler „ein Feld, wo sich in Deutschland einiges bewegt hat“, sagte der oft als „PISA-Papst“ bezeichnete Bildungsforscher Schleicher. Und dies sei auch messbar. So ging der Anteil der Mathe-Schwachen zwischen PISA 2003 und 2012 um vier Prozentpunkte auf 18 Prozent zurück, in Lesen/Textverständnis um acht Punkte auf 14 Prozent. In Naturwissenschaften veränderte sich jedoch seit 2006 nichts mehr zum Positiven, der Problemschüler-Anteil lag zuletzt noch bei 12 Prozent. Immerhin: Deutsche PISA-Schüler lagen 2012 rund fünf Punkte über dem OECD-Durchschnitt, den sie noch vor 15 Jahren insgesamt kaum erreicht hatten. Schwache Schulleistungen seien „nicht das Ergebnis eines einzelnen Risikofaktors, sondern einer Kombination von mehreren Hindernissen und Benachteiligungen“, so das Fazit der OECD-Studie. Daher gebe es auch mehrere Stellschrauben: Schleicher nannte frühkindliche Bildung (statt staatlicher „Prämien“ für deren Verhinderung), eine frühe Leistungsdiagnostik, verbindliche Bildungsstandards, mehr Ganztagsschulen, intensivere Aus- und Weiterbildung für Lehrer.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Claudia Bogedan, bewertete die Studie insgesamt positiv. Die Bremer Bildungssenatorin sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Es zahlt sich somit aus, dass die Kultusministerkonferenz in den vergangenen Jahren bei ihrer Arbeit einen besonderen Blick auf die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler gelegt hat, unter anderem mit einer Förderstrategie.“ Deren Umsetzung zeige „große Fortschritte, aber wir wollen natürlich den Anteil von Schülerinnen und Schülern, die keinen Schulabschluss erreichen, weiter reduzieren“, so die SPD-Politikerin.

Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, forderte, „die Ressourcen für Bildung entsprechend der veränderten Lage dauerhaft zu erweitern“. Wegen steigender Anforderungen durch heterogene Schülergruppen, große Klassen und hohe Stundenzahlen stünden die Lehrer am Rande ihrer Möglichkeiten.

Internet:

- OECD zu PISA 2015 (englisch) http://dpaq.de/RbjTj
- OECD Deutschland zu PISA bis 2012 http://dpaq.de/SmhFd
- OECD zu „PISA 2012 – Ergebnisse im Fokus“ http://dpaq.de/J5shy
- PISA-Beispielaufgaben 2015 http://dpaq.de/cyQnf

dpa

VBE legt Umfrageergebnisse vor: Grundschullehrkräfte zeigen Professionalität – trotz gravierender Systemmängel

Am 25. Januar 2016 hat der VBE Rheinland-Pfalz in Mainz der Öffentlichkeit die Ergebnisse seiner landesweiten Umfrage vorgestellt, die er Anfang Dezember unter dem Motto „Grundschule 2016 – was läuft und was läuft nicht?“ durchgeführt hat. Von den 969 angeschriebenen Grundschulen haben 410 Schulen geantwortet, das entspricht einer Rücklaufquote von 43 %.

Gleichzeitig stellte der VBE auch seine Grundschulkampagne **„... ein guter GRUND SCHULE zu stärken!“** vor.

Anders als alle anderen Schularten sind die Grundschulen von den gesellschaftlichen Herausforderungen in besonderer Weise betroffen. Aber noch immer sind die Grundschulen chronisch unterfinanziert. Grundschüler sind im Schulvergleich mit Abstand die „billigsten“ Schüler. Die Bildungsfinanzierung an Grundschulen funktioniert hier noch immer nach dem Schuhgrößen-Prinzip: je kleiner, um so weniger. Angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die schulpolitisch zuallererst an den Grundschulen durchschlagen, müsse sich das ändern, so der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Bold, die stellvertretende VBE-Landesvorsitzende Sabine Mages und der Grundschulreferent des VBE Rheinland-Pfalz Lars Lamowski während der Pressekonferenz. Die Grundschulen in Rheinland-Pfalz müssten aus dem Schatten des Rotstiftmilieus heraustreten, in dem sie als Volle Halbtagsschulen Mitte der Neunzigerjahre geschaffen wurden.

Dabei gehe es nicht um das Kurieren an Symptomen oder das Drehen einiger Stellschrauben, sondern um ein Gesamtpaket, das die Grundschulen bildungsökonomisch aufwertet. So zeigen die Ergebnisse der VBE-Umfrage erhebliche Mängel, die auf einer systematischen Unterfinanzierung beruhen. In Rheinland-Pfalz ist die Sicherung der Grundbildung seit Jahren auf Kante genäht. Für den VBE steht fest: Wer in die Grundbildung investiert, festigt das Fundament unserer Gesellschaft, deren einzige nennenswerte Ressource Bildung ist. Deshalb fordert der VBE Rheinland-Pfalz, mehr in die Grundschulen zu investieren, um die Zukunft der Kinder und unserer Gesellschaft zu sichern. Angesichts der aktuellen von Defiziten gekennzeichneten Situation der Grundschulen ist das – wie die aktuelle VBE-Umfrage an allen Grundschulen ergeben hat – auch dringend nötig.

Zugleich haben die Umfrageergebnisse gezeigt, dass an den Grundschulen eine hohe pädagogische Professionalität herrscht. Das will der VBE Rheinland-Pfalz auch mit unserer Grundschulkampagne 2016 deutlich machen.

Die nächste Ausgabe dieser Zeitschrift wird sich mit ihrem thematischen Schwerpunkt, den Ergebnissen der Grundschulumfrage und der Grundschulkampagne „... ein guter GRUND SCHULE zu stärken!“, widmen.

RED

Nackte Zahlen

Im letzten länderübergreifenden Vergleichsjahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz € 5.700 pro Grundschüler ausgegeben – bei einem Bundesmittel von € 5.400. Rheinland-Pfalz liegt mit diesem Wert im Mittelfeld, nimmt also keine Stellung in der Spitzengruppe ein. Diese Spitzengruppe bilden Hamburg (€ 8.000), Sachsen-Anhalt (€ 6.600), Thüringen (€ 6.500) und Berlin (€ 6.400). Wesentlich aber ist: Auch wenn die Ausgaben für Grundschüler in den letzten Jahren leicht gestiegen sind, der Abstand zu den Schülern der anderen Schulen ist konstant erhalten geblieben (in Rheinland-Pfalz 2012: Realschulen plus € 6.600, Gymnasien € 6.600, Integrierte Gesamtschulen € 7.100). Auf dieses Niveau müssen nach Auffassung des VBE Rheinland-Pfalz auch die Ausgaben für die Grundschüler/-innen kommen, um die Situation der Grundschulen grundsätzlich und nachhaltig zu verbessern.

RED

Wahlen zum Landtag Rheinland-Pfalz 2016:
Alle reden von Bildung – wer macht ernst?

Bei den Wahlen zum Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 spielen bildungspolitische Themen eine zentrale Rolle, so sagen alle Parteien. Bildung gilt gemeinhin als einzige echte Ressource, die unser Land hat. Das ist unbestritten und sozusagen Konsens bei allen politischen Akteuren.

Aber drückt sich das auch konkret in den Wahlaussagen der Parteien aus? Wie realitätsnah sind ihre bildungspolitischen Vorstellungen? Und wer sagt, mit welchen Mitteln er das umsetzen will – trotz oder gerade wegen der Schuldenbremse?

Die RpS-Redaktion wollte den Parteien bildungspolitisch auf den Zahn fühlen, um auf diese Weise den VBE-Mitgliedern deren perspektivische Positionen nahezubringen und in einem Wahlspecial zu präsentieren (siehe die nachfolgenden Seiten).

Der RpS-Redaktion ging es dabei gar nicht um das Abarbeiten sogenannter „Wahlprüfsteine". Alle Parteien sollten Gelegenheit erhalten, ihr bildungspolitisches Wahlprogramm nach eigenen Schwerpunkten in einem Beitrag zu skizzieren. In diesem Beitrag sollten sieben gewerkschaftliche Fragen lediglich berücksichtigt werden, die dem Wunsch um eine Äußerung angefügt waren.

Offensichtlich war diese Bitte missverständlich, denn einen in sich geschlossenen Beitrag unter Einbeziehung der genannten sieben Fragen hat nur eine Partei eingereicht – die FDP. Alle übrigen haben die ergänzenden Fragen als „Wahlprüfsteine" aufgefasst und in der Folge nur darauf geantwortet. Das ist sicher nicht den Parteien anzulasten, wohl eher einem unpräzisen „Arbeitsauftrag". Was tun?

Die Redaktion musste eine Entscheidung für die Darstellung finden und hat sich zu der Form entschieden, die auf den folgenden Seiten zu finden ist: Die Antworten auf die gewerkschaftlichen Fragen werden in einem Raster zusammengeführt, zuvor wird der geschlossene Text der FDP abgedruckt. Wo dies im Raster möglich ist, wird Bezug auf den Text genommen.

Der VBE Rheinland-Pfalz ist als parteiunabhängige Lehrergewerkschaft bekannt, zuweilen berüchtigt. Das macht ihm die Arbeit nicht immer leichter, Seilschaften und special connections nutzt er nicht. Gleichwohl ist diese parteipolitische Neutralität wichtig, wenn es um Bildung und Erziehung zuallererst und eine berufspolitisch effektive Interessenvertretung seiner Mitglieder geht.

Wir hoffen, dass sich diese parteipolitische Neutralität auch in dem Wahlspecial dieser RpS-Ausgabe wiederfindet. Deshalb bleiben alle Aussagen unkommentiert. Jede Leserin und jeder Leser sollte sich selbst eine Meinung bilden. Und dann den Weg zur Wahlurne nehmen.

RED

Der VBE fragt
Die Partei antwortet

FDP

Bildungspolitik fängt für die FDP Rheinland-Pfalz nicht mit der Schule, sondern im Kindergarten an. Gerade in der **frühen Kindheit** werden wichtige Weichen gestellt für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg. Dabei geht es weniger darum, die Kinder einem strammen Lehrplan auszusetzen, sondern ihre natürliche Neugier zu wecken und zu befriedigen. In einer ersten Phase war es richtig, Kindertagesstätten auf- und auszubauen, in einer zweiten muss es nun darum gehen, deren Qualität kontinuierlich zu erhöhen. Es reicht nicht, für eine angemessene Unterkunft und Betreuung der Kinder zu sorgen, vielmehr müssen hier auch schon die ersten Lernangebote gemacht werden. Damit unsere Kinder die beste Betreuung und Ausbildung erhalten, wollen wir dafür sorgen, dass es ausreichend Ausbildungs- und Studienplätze sowie Weiterqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen für Sozialpädagogik gibt. Eine qualifizierte Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung für einen optimalen Schulstart. Kinder, deren Begeisterung für das Lernen bereits im Kindergarten geweckt wurde, gehen nicht nur besser vorbereitet an die Schule, die Unterschiede im Leistungsniveau fallen auch weniger stark ins Gewicht.

Aber auch die Situation an den Schulen in Rheinland-Pfalz wollen wir verbessern. Wissen vermittelt nicht der Unterricht, der auf dem Stundenplan steht, sondern der, der auch wirklich durchgeführt wird. **Unterrichtsausfall** ist eine Form der Verschwendung, die wir uns nicht leisten können. Damit nicht jeder Krankheitsfall sofort zu Unterrichtsausfall führt, streben wir langfristig eine „Lehrerversorgung" von 105 % an. Veränderte gesellschaftliche Strukturen und die Wünsche nach ganzheitlicher Bildung und Erziehung machen den weiteren Ausbau von Ganztagsschulen notwendig. Analog zu den rhythmisierten pädagogischen Konzepten der verpflichtenden Ganztagsschule der G8-Gymnasien in Rheinland-Pfalz setzt **Ganztagsschule** ein pädagogisch wertvolles durchdachtes Konzept voraus. Ganztagsschulen dürfen sich nicht nur auf ein Betreuungsangebot am Nachmittag konzentrieren. Wir wollen insbesondere für Klassen mit inklusiver Beschulung und mit erhöhtem Sprachförderbedarf die Klassenmesszahl schrittweise reduzieren, um so eine bessere Betreuungs- und Förderquote in den Klassen zu erreichen. Unser Ziel ist eine Klassenmesszahl von 25 Schülerinnen und Schülern in allen weiterführenden Schulen, auch in den Berufsbildenden Schulen, über alle Jahrgänge – zur Verbesserung der individuellen Förderung und zur Entlastung der Lehrkräfte ein wichtiger Baustein zur Optimierung von Unterrichtsqualität.

Um der musischen, motorischen und künstlerischen Bildung Raum zu geben und das Bildungsangebot auszuweiten sowie das Ehrenamt zu stärken, streben wir eine bessere **Vernetzung von Schulen** und Vereinen an. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, an geeigneten Standorten in Rheinland-Pfalz Schülerforschungszentren einzurichten, um die Ausbildung und Förderung von Schülerinnen und Schülern vor allem in den MINT-Fächern voranzutreiben. Wir möchten die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbessern, zum Beispiel durch höhere Praxisanteile im Lehramtsstudium sowie bundesweite Standards in der Lehrerausbildung anstreben. Die Verantwortung für ein Lehramtsstudium soll bei den Hochschulen und die Referendarausbildung bei den Seminaren und Ausbildungsschulen bleiben.

Außerdem setzen wir uns für eine **Stärkung der Stellung der Schulleiterinnen und Schulleiter** ein und wollen diese durch fundierte und strukturierte Qualifizierungsprogramme an den Hochschulen und Fortbildungseinrichtungen besser auf ihre Aufgaben vorbereiten. Das ist uns umso wichtiger, da wir ein größeres Mitspracherecht der Schulen anstreben. Wir wollen mehr Mitspracherecht der Schulen und Schulleitung bei der Personalauswahl, mehr Entscheidungsfreiheit zur Profilbildung der Schule entsprechend ihren Gegebenheiten vor Ort und eine angemessene Budgetierung für die neu gewonnene Freiheit. Das wollen wir mittels eines Schulfreiheitsgesetzes erreichen. Auf eine entsprechende Qualifizierung des Schulpersonals ist zu achten. Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, einen technischen Assistenten einzustellen. Dieser ist in der Lage, kompetent und effizient die inzwischen an allen Schulen vorgehaltene Technik zu warten und betriebsbereit zu halten und so die Lehrerinnen und Lehrer von dieser fachfremden Aufgabe zu entlasten.

Im Verhältnis zur Schülerzahl wollen wir den Schulen ein **Fortbildungsbudget für Lehrinnen und Lehrer** bereitstellen, über das sie im Wesentlichen eigenständig verfügen können, um so das schuleigene Fortbildungskonzept passend zur Profilbildung vorantreiben zu können. Damit wollen wir die Schulen in Rheinland-Pfalz in die Lage versetzen, sich gezielt an den Bedarf und die Lernsituation ihrer Schülerinnen und Schüler anzupassen. Die Anforderungen an die rheinland-pfälzischen Schulen sind gestiegen, nicht zuletzt auch durch die von der Landesregierung eingeführte **Inklusion**. Aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz ist die Inklusion sinnvoll, aber nur dann, wenn sie diesen Kindern mit besonderem Förderbedarf und deren Eltern mehr Handlungsfreiheit verschafft und ihnen hilft. Mehr Handlungsfreiheit macht ein Mehr an Angeboten erforderlich. Die Inklusion darf daher aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz nicht dazu genutzt werden, an anderer Stelle zu sparen. Echte Wahlfreiheit besteht nur, wenn die Eltern zwischen einer Förderschule oder einer Regelschule entscheiden können. Außerdem gehört zur Inklusion die Bereitstellung qualifizierter Betreuerinnen und Betreuer an den Regelschulen.

Zur Inklusion gehört auch der Ausbau des **Beratungsangebotes für die Eltern**, um ihnen zu helfen, zwischen Förderschule und Schwerpunktschule die geeignete Schule für ihr Kind zu finden. Die Freien Demokraten fordern den Erhalt der Förderschulen und eine Sicherstellung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Eine Reintegration von Förderschülern muss das Ziel sein.

Um die Chancen für Kinder mit besonderem Förderbedarf zu verbessern, wollen wir den begleitenden Übergang von Förderschulen in Regelschulen sicherstellen und an allen Förderschulen den **Erwerb der allgemeinen Berufsreife** ermöglichen. Integration erfordert mehr, mehr Geld, mehr qualifiziertes Personal, mehr Einrichtungen; nur wenn die Rahmenbedingungen richtig gestaltet werden, wird die Inklusion zu einer wirklichen Verbesserung der Situation der Betroffenen führen. Der Inklusionsbeschluss von SPD und Grünen war nicht mehr als ein Versprechen, dessen eigentliche Umsetzung aber nach wie vor aussteht.

Eine weitere Herausforderung für unser Schulsystem ist die Integration der **Flüchtlingskinder**. Wir wollen, dass auch Flüchtlingskinder in Rheinland-Pfalz alle Bildungschancen bekommen. Je eher die Integration beginnt, umso besser und am höchsten sind die Erfolgsaussichten im Kindesalter. Allerdings müssen die Kindertagesstätten und Schulen auch entsprechend ausgestattet sein. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist ein Schlüsselelement bei der Integration. Die Bildungseinrichtungen müssen daher auf allen Ebenen darauf ausgerichtet sein, Ausländer beim Erlernen der deutschen Sprache optimal unterstützen zu können. Wir wollen die Einrichtung von **Sprachförderklassen** unterstützen – wenn möglich an den betroffenen Schulen – unter Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen und Koordinationsstellen für Sprachförderangebote. Zusätzliches Personal und Ressourcen müssen für die Integration bereitgestellt werden. Außerdem müssen wir an den Schulen und Kindergärten auch der **psychologischen Belastung** der Kinder durch die Flucht Rechnung tragen, indem wir für eine angemessen Betreuung sorgen.

Ein weiterer Schwerpunkt der FDP Rheinland-Pfalz ist, unsere Kinder an die verantwortungsbewusste **Nutzung moderner Medien** heranzuführen. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulen die Nutzung moderner Kommunikations- und Medientechnologien fächerübergreifend intensiver als bisher gelehrt wird. Uns geht es hierbei nicht nur um die Befähigung, also um ein technisches Verständnis, sondern wir wollen auch die Kompetenzen stärken. Um das zu erreichen, wollen wir die Fort- und Weiterbildungsangebote ausbauen, um die Lehrkräfte zu qualifizieren, die für die Zukunftsfähigkeit notwendigen Inhalte zu vermitteln.

Die FDP Rheinland-Pfalz will ein Schulsystem, welches der ganzen Bandbreite unserer Kinder gerecht wird, eines, welches den Lehrerinnen und Lehrern ein attraktives Arbeitsumfeld bietet, und eines, dem wir mit ruhigem Gewissen die Zukunft unseres Landes anvertrauen können.

FDP

Malu Dreyer, SPD

Julia Klöckner, CDU

Der VBE fragt

Wie steht Ihre Partei zur Forderung des VBE nach Gleichstellung der Lehrkräfte in Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung, insbesondere unter Berücksichtigung der Lehrkräfte an Grundschulen, Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen? Wie stehen Sie zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. Dezember 2014 (BVerwG 2 C 51.13)?

Die Partei antwortet

CDU

Die CDU Rheinland-Pfalz hat von Beginn der Schulstrukturreform an auf den Webfehler der ungleichen Besoldung hingewiesen. Es war deutlich, dass diese Praxis nicht von Dauer sein kann. Leider hat sich die SPD-geführte Landesregierung geweigert, in einem Stufenplan den ehemaligen Hauptschullehrkräften eine realistische Perspektive zum Aufstieg zu eröffnen. Dies rächt sich nun. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts spricht hier eine deutliche Sprache. Die CDU Rheinland-Pfalz wird deshalb im engen Austausch und im Rahmen des Haushalts alles tun, um eine gesetzeskonforme Umsetzung des Urteils zu erreichen.

SPD

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 11. Dezember 2014 bestätigt, dass sich die Besoldung – nicht nach der übertragenen Aufgabe, sondern nach der erworbenen Qualifikation richtet, die den Zugang zu bestimmten Ämtern und der damit verbundenen Besoldung eröffnet. Außerdem hat das Gericht weiter festgestellt, dass im Falle der Einführung der Realschule plus eine zumutbare und realistische Möglichkeit eröffnet werden muss, berufsbegleitend die Wechselprüfung für das Realschul-plus-Lehramt zu erwerben. Nach Vorlage der Urteilsbegründung hat die Landesregierung die Wechselprüfungsverordnung für Lehrkräfte unverzüglich geändert und ist somit dem Auftrag aus dem Urteil nachgekommen.

In einem Antrag zur Haushaltsaufstellung für 2016 hat die SPD-Landtagsfraktion kürzlich gefordert, dass alle ehemaligen Hauptschullehrkräfte an den Realschulen plus, die einen Antrag auf Wechselprüfung gestellt haben, diese zügig absolvieren können und nach erfolgreich bestandener Prüfung eine zeitlich realistische Perspektive zur Beförderung von der Besoldungsstufe A 12 nach A 13 erhalten, sodass alle infrage kommenden Beförderungen im Laufe der nächsten Legislaturperiode (2016-2021) durchgeführt werden.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir GRÜNE haben einen Parteitagsbeschluss, der die Ausbildung zum Stufenlehramt in den Blick nimmt. Damit ist klar, dass wir uns für eine Harmonisierung der Ausbildung sowie die Anpassung der Arbeitszeit und der Bezahlung einsetzen. Dazu bedarf es aber eines Prozederes für den Übergang. Wir halten das Urteil des BVerwG für angemessen und haben deshalb in der Regierungsverantwortung mit einem Entschließungsantrag (Drucksache 16/5988) die parlamentarische Grundlage für Besoldungsgerechtigkeit und unbürokratische Aufstiegsmöglichkeit von Lehrkräften an Grundschulen, Realschulen plus und an der IGS geschaffen.

Die Linke

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Gleichstellung aller Lehrkräfte in Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung. Die vom Bundesverwaltungsgericht festgestellte Benachteiligung insbesondere von Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrern durch die LWPO muss beendet werden. Das ist sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie auch der Attraktivität des Lehrerberufs, die wir stärken wollen.

Die LINKE lehnt die in der Wechselprüfungsverordnung enthaltenen Bedingungen ab, die den betroffenen Lehrkräften den Wechsel von A 12 nach A 13 erst nach Ablegung einer weiteren Prüfung ermöglicht. Zudem ist die Übernahme der Lehrerinnen und Lehrer mit bestandener Wechselprüfung erst ab dem Jahr 2017 geplant. Das ist völlig inakzeptabel.

Der VBE fragt

Die Unterrichtsversorgung ist ein Dauerthema in der schulpolitischen Debatte. Sie ist grundlegend für die Realisierung zentraler pädagogischer Entwicklungen. In keinem Schuljahr der letzten Legislaturperiode wurde eine Vollversorgung für den schulischen Unterricht erreicht. Wie will Ihre Partei – falls überhaupt – dieses Problem lösen und eine Unterrichts-Vollversorgung herstellen?

Die Partei antwortet

CDU

Die CDU-Landtagsfraktion hat in den jüngsten Haushaltsberatungen in einem ersten Schritt die Schaffung von 600 zusätzlichen Lehrerstellen vorgeschlagen. Das wurde sauber gegenfinanziert – auch in Zeiten der Schuldenbremse. Damit ist die hundertprozentige Unterrichtsversorgung bereits in greifbarer Nähe. Zudem haben wir vorgeschlagen, die Vielzahl befristeter Kettenverträge für Junglehrkräfte in reguläre Planstellen umzuwandeln und diese den Schulen über die vollständige Unterrichtsversorgung hinaus zuzuweisen. Das wollen wir mit besonderen Anreizen für Lehrer mit Mangelfächern verbinden, damit nicht nur die Zahl stimmt, sondern auch die abzudeckenden Unterrichtsfächer.

SPD

Die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz wird aufgrund vorausschauender Personalplanung und gezielter Anstrengungen seit Jahren auf hohem Niveau gesichert. Der Versorgungsgrad liegt in diesem Schuljahr im Bereich der allgemeinbildenden Schulen bei durchschnittlich 98,6 Prozent und konnte somit zum zweiten Mal in Folge verbessert werden. Mit einem Wert von 96,9 Prozent erreichen die öffentlichen berufsbildenden Schulen im aktuellen Schuljahr den besten Versorgungsgrad seit Einführung der amtlichen Berechnung und die Gymnasien mit 98,7 % den höchsten Wert seit 1993. Seit dem Schuljahr 2009/2010 wurden dafür fast 10.000 Lehrkräfte neu eingestellt.

Damit können die allgemeinbildenden Schulen sowohl den Pflichtunterricht abdecken als auch vielfältige Förder- und Differenzierungsangebote anbieten. Beides zusammen genommen ist in Rheinland-Pfalz – anders als in anderen Bundesländern – die Messlatte für die Berechnung der 100-Prozent-Marke.

Zur besseren Organisation des Vertretungsbedarfs wurde zum Schuljahr 2011/2012 ein Vertretungspool von dauerhaften Beamtenplanstellen eingerichtet, der seit dem Schuljahr 2015/2016 800 Stellen umfasst und zum Schuljahr 2016/2017 auf 1.000 Planstellen ausgebaut wird. Dies minimiert die Zahl der befristeten Arbeitsverträge im Bereich der Vertretungskräfte und verbessert die Arbeitsbedingungen junger Lehrkräfte.

Für die SPD in Rheinland-Pfalz hat die Sicherung einer guten Unterrichtsversorgung als wichtigste Grundlage einer gelungenen Schulpolitik auch zukünftig oberste Priorität. Wir sind schon große Schritte vorangekommen und wollen eine 100-Prozent-Unterrichtsversorgung erreichen.

FDP

siehe Seite 8, 2. Abs.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Unterrichtsversorgung für das Land wurde mit einem Versorgungsgrad von 98,6 % für das Schuljahr 2015/2016 erneut verbessert. Bei einer statistischen Bewertung der Unterrichtsversorgung des Landes Rheinland-Pfalz ist zu beachten, dass die Bemessungsgrundlage in Rheinland-Pfalz nicht nur den Pflichtunterricht – sondern auch sämtliche Förder- und Differenzierungsmaßnahmen mit einschließt, wie es in Hessen beispielsweise nicht der Fall ist. Mit einem Wert von 96,9 % bei der strukturellen Unterrichtsversorgung erreichen die öffentlichen berufsbildenden Schulen im aktuellen Schuljahr den besten Versorgungsgrad seit Einführung der amtlichen Berechnung.

Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass für die Vermittlung von schulischen Bildungsinhalten und Kompetenzen immer eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung anzustreben ist. Diese ließe sich dann realisieren, wenn sich insbesondere für die Segmente der Förderschule sowie der berufsbildenden Schule mehr junge Menschen für ein Lehramt entscheiden und die Lehramtsausbildung in Rheinland-Pfalz hin zu einem schulartübergreifenden Stufenlehramt reformiert würde, wie es in anderen Bundesländern bereits umgesetzt wurde. Ein Lehramtsstudium, das sich nicht an Schularten, sondern am Alter der Schülerinnen und Schüler sowie an unterrichtsbezogenen Profilen orientiert, kann besser auf die individuelle Förderung aller Kinder vorbereiten. Den Master betreffend müssen einheitliche Regelungen für alle Lehrämter etabliert werden.

Die Linke

DIE LINKE fordert eine Unterrichtsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler. Um den Lehrermangel zu bekämpfen, verlangen wir die Rücknahme der Streichung von 2.000 Lehrerplanstellen und zusätzliche Stellen an berufsbildenden Schulen und Förderschulen. Die skandalöse Praxis der rot-grünen Landesregierung, Lehrerinnen und Lehrer nur befristet zu beschäftigen und in den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu schicken, muss ein Ende haben. Dazu bedarf es der bedarfsgerechten Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer und einer vorausschauenden Planung notwendiger Personalkapazitäten sowie des Aufbaus einer bedarfsdeckenden Vertretungsreserve.

Der VBE fragt

Nach ihrer Reform bestehen in der rheinland-pfälzischen Lehrerbildung die tradierten Unterschiede unter den Lehrkräften fort. Mit den wachsenden Anforderungen an die durch strukturelle Veränderungen erforderliche höhere Flexibilität der Lehrkräfte ist dies wenig vereinbar. Wie steht Ihre Partei zu einer Fortsetzung der Lehrerbildungsreform, die die schulischen Veränderungen berücksichtigt und allen Absolventen nach dem Hochschulstudium (nicht erst nach der zweiten Ausbildungsphase) den Masterabschluss vermittelt?

Die Partei antwortet

CDU

Die CDU Rheinland-Pfalz hält an der schulartspezifischen Lehrerbildung fest. Dabei geht es uns nicht um die Besoldungshöhe, sondern um die pädagogische Spezialisierung, die wir für die Schüler brauchen. Förderschullehrer sind beispielsweise nicht zu ersetzen. Es reicht eben nicht aus, alle anderen Lehrer in einem Schnellkurs in Förderpädagogik fortzubilden. Die spezifischen Bildungszugänge müssen gestärkt werden. Hierfür brauchen wir Spezialisten, die für jeden Schüler den richtigen Zugang schaffen können.

SPD

Mit der Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in Rheinland wurde u. a. gerade auf die veränderten Anforderungen, die sich zukünftigen Lehrkräften stellen, eingegangen. Ausgehend von einem in den ersten vier Semestern weitgehend lehramtsübergreifenden Bachelorstudium, das Mobilität und Flexibilität bereits während der ersten Ausbildungsphase ermöglicht, orientieren sich die Inhalte und zu erwerbenden Kompetenzen der folgenden Semester gerade an den strukturellen, inhaltlichen und pädagogischen Anforderungen der schulischen Realität in Rheinland-Pfalz. Durch die lehramtsübergreifenden Studienanteile wird auch eine im Vergleich zur Ausbildungssituation vor der Reform deutlich höhere Flexibilität für bereits ausgebildete Lehrkräfte erreicht: Die Lehrbefähigung für ein zusätzliches Lehramt kann von den Lehrkräften durch das Absolvieren einer sog. Wechselprüfung erreicht werden. In Rheinland-Pfalz führen alle lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengänge gerade unter Berücksichtigung inhaltlicher und struktureller Anforderungen der verschiedenen Lehrämter zum akademischen Abschluss Master of Education.

Bündnis 90 / Die Grünen

siehe Frage 2

Die Linke

Sinnvoll wäre nach unserer Auffassung eine gemeinsame Grundausbildung aller Lehrkräfte (Lehrer/-innen für Grundstufe, SEK. I und Sek. II sowie Förderschullehrer/-innen) . Danach folgte eine Differenzierung nach Fächerschwerpunkten sowie weiteren Schwerpunktsetzungen, z. B. für bestimmte Beeinträchtigungen/Behinderungen. Alle Lehrkräfte würden nach der Ausbildung gleich bezahlt. Zwingender Bestandteil der Lehrerausbildung sollte die Förderpädagogik und die Diagnostik sein.

Der VBE fragt

Die Inklusion wurde im rheinland-pfälzischen Schulgesetz als pädagogischer Auftrag für alle Schulen verankert. Faktisch haben die Eltern ein Wahlrecht unter Schwerpunktschulen oder Förderschulen. Überdies wird mit der Einrichtung von Förder- und Beratungszentren die Integrierte Förderung an den Schulen abgebaut. Wie steht Ihre Partei zur Zukunft der Inklusion, soll sie alle Schulen einbeziehen oder soll so verfahren werden wie jetzt?

Die Partei antwortet

CDU

Die CDU Rheinland-Pfalz sieht in der Inklusion große Chancen für alle Schüler, neue Bildungszugänge kennenzulernen und neue Formen des Miteinanders zu erleben. Für die CDU Rheinland-Pfalz muss jedoch die Qualität stimmen. Unabhängig vom Förderort muss die förderpädagogische Ausstattung garantiert werden. Wir sehen jedoch, dass in vielen Schwerpunktschulen und in der Einzelintegration die Ausstattung mit Förderlehrerstunden unzureichend ist. Deshalb wollen wir die Inklusion neu ordnen. Das Kindeswohl muss im Vordergrund stehen. Jeder inklusive Schulplatz, den wir anbieten, muss auch ausreichend förderpädagogisch flankiert sein. Für die CDU Rheinland-Pfalz nehmen die Förderschulen einen selbstverständlichen Platz in der Inklusion ein. Sie leisten eine großartige Arbeit. Wir wollen deshalb auch prüfen, ob nicht auch eine umgekehrte Inklusion möglich ist. Das bedeutet, dass wir Anregungen aufgreifen werden, um Kooperationen von Förderschulen und Regelschulen zu intensivieren.

SPD

Wir haben das Elternwahlrecht im Schulgesetz verankert und halten daran fest. Inklusion, also der gemeinsame Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder, wird in Rheinland-Pfalz mindestens seit der Einführung der Schwerpunktschulen im Jahr 2001 stetig, aber umsichtig vorangebracht. Ca. 30 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden nach dem Willen ihrer Eltern in diesem Schuljahr inklusiv beschult. Förder- und Beratungszentren unterstützen Eltern, Schüler und Schulen. Die SPD wird weiter für die Akzeptanz von inklusivem Unterricht werben und sich u. a. dafür einsetzen, dass im Hinblick auf den Ausbau integrativer Bildung sukzessive auch Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien verstärkt einbezogen werden. Es würde uns freuen, wenn uns der VBE auf diesem Weg unterstützt.

FDP

siehe Seite 9, 3. Abs.

Bündnis 90 / Die Grünen

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen, so haben wir es im Schulgesetz festgeschrieben. Sie ist und bleibt damit die zentrale Aufgabe unserer Bildungspolitik. Unter Inklusion verstehen wir GRÜNE die Normalität der Vielfalt. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen zur Umsetzung von Inklusion. Artikel 24 erkennt das Recht behinderter Menschen auf Bildung an und normiert zweifelsfrei ein inklusives Bildungssystem. Die Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft muss Rheinland-Pfalz auf unterschiedlichen Wegen und mehreren Ebenen gehen. Mittelfristig muss erreicht werden, dass Inklusion in der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft zu einem festen Bestandteil vorhandener Regelstrukturen gehört. Wir GRÜNE begrüßen daher „Eine Schule für Alle“, in der Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen länger mit- und voneinander lernen können. Wir GRÜNE verstehen unter Inklusion mehr als „nur“ den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. Inklusion heißt Anerkennung von Vielfalt und eine inklusive Bildung wird dem Anspruch einer didaktischen Binnendifferenzierung gerecht, die einem zunehmend bildungsheterogenen Unterrichtssetting in geeigneter Weise Rechnung trägt. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat im Zuge des UN-Beschlusses die rechtlichen Voraussetzungen für ein inklusives Bildungssystem geschaffen und das Schulgesetz zur Umsetzung der Inklusion novelliert. Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen ist gem. § 3 SchulG der Vorrang des gemeinsamen Unterrichts zu gewähren. Der Ministerrat des Landes hat 2013 ferner ein Landeskonzept für die Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich beschlossen, um Kindern und Jugendlichen optimale Teilhabechancen im schulischen Bereich zu ermöglichen.

Schülerinnen und Schülern mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf steht gem. § 59 Abs. 4 SchulG das Recht zu, neben der Förderschule auch die Regelschule zu besuchen. Mit der Schulgesetznovelle, die im Juli 2014 verabschiedet wurde, ist den Eltern ein vorbehaltloses Wahlrecht eingeräumt worden, ein inklusives Unterrichtsangebot an einer „Schwerpunktschule“ in Anspruch zu nehmen. Wir GRÜNE begrüßen sehr, dass seit dem Schuljahr 2014/2015 insgesamt zwölf Förder- und Beratungszentren für den Ausbau der schulischen Inklusion in Rheinland-Pfalz existieren und zum Schuljahr 2015/2016 acht neue Förder- und Beratungszentren geplant sind. Das am 11.11. verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte“ (IKFWBLLehrG) versteht sich in diesem Zusammenhang als Unterstützung für unsere Lehrkräfte, auf die mit dem gemeinsamen, zieldifferenten Unterricht veränderte Aufgaben zukommen. Das neue Gesetz bildet somit einen wichtigen Mosaikstein in unserem Bild einer gerechteren Gesellschaft mit mehr Wertschätzung für jeden einzelnen Menschen. Das neue Gesetz nimmt konkret alle Phasen der Lehrkräftebildung, nämlich Studium, Vorbereitungsdienst sowie Fort- und Weiterbildung in den Blick; es verzahnt gemeinsame Elemente und stimmt komplementäre aufeinander ab. Die Qualifizierung der Lehrkräfte wird verpflichtend festgeschrieben – auch für die Schulleitungen –, um sie für den in § 14 a Abs. 1 des Schulgesetzes beschriebenen Auftrag zu stärken.

Die Linke

Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit verbundenen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung steht die gesamte Gesellschaft vor einer Aufgabe, die nicht »nebenbei« erledigt werden kann. Hier bedarf es eines zielgerichteten und nachhaltigen Vorgehens, bei der sich alle Beteiligten – Schülerschaft, Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern, Schulträger — auf den Weg machen müssen.

Ein Bildungssystem, welches nach Leistungsfeststellungen in unterschiedliche Schularten einteilt, kann kein Bildungssystem der Inklusion werden. Neben der dringlichen Aufgabe, Barrierefreiheit zu verwirklichen, muss jeder Schule mindestens eine sonderpädagogische Fachkraft zur Seite stehen. Darüber hinaus wollen wir multiprofessionelle Teams an allen Schulen etablieren, bestehend aus Lehrkräften, Fachkräften der Sozial- und Sonderpädagogik, Schulpsychologie sowie anderen Professionen der Schulbegleitung. Inklusion ist nicht nur eine Pädagogik für Kinder mit Beeinträchtigungen. Inklusion ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, den wir umfassend unterstützen werden. Wir wollen eine verbindliche Umsetzung des Rechtsanspruchs auf inklusiven Unterricht bis spätestens 2020 in allen öffentlichen Schulen erreichen.

Der VBE fragt

Ohne Zweifel sind Zuwanderung und Verbleib der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien eine große Herausforderung für das rheinland-pfälzische Schulwesen. Wie will Ihre Partei eine entsprechende pädagogische Förderung und Integration sicherstellen und welche organisatorischen Maßnahmen – wie z. B. Vorlaufklassen vs. integrierte Förderung – sollen das unterstützen?

Die Partei antwortet

CDU

Wir haben uns in vielfältigen Gesprächen mit Schulleitern, Lehrern und Sprachlehrern ausgetauscht. Um eine effektive Sprachförderung zu erreichen, wollen wir eigene Deutschvorlaufkurse für Schüler, die jüngst aus dem Ausland nach Deutschland zuziehen. Hier werden sie sprachlich, aber auch inhaltlich auf den Schulalltag in Deutschland vorbereitet. Während dieser Zeit erfolgt auch eine Diagnose hinsichtlich möglicher Traumatisierungen, aber auch ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Begabungsprofils. Auf dieser Basis kann dann eine zielgenaue Zuweisung an eine Schule erfolgen. Denn es ist der falsche Weg, vorrangig die Realschulen plus mit dieser Aufgabe zu betrauen. Für viele Flüchtlingskinder wäre eine Gesamtschule oder auch ein Gymnasium die richtige Schulwahl. Auf Traumatisierungen kann an Schwerpunktschulen und Förderschulen besser eingegangen werden. Der Verbleib in der Vorlaufklasse muss flexibel, je nach Lernfortschritt, für maximal ein Jahr erfolgen. Die Vorlaufklassen haben aber auch den Vorteil, dass die Zuweisungen der Flüchtlingsschüler an die Schulen immer zum Halbjahreswechsel erfolgen können. Das schafft für die aufnehmenden Schulen Planungssicherheit und Ruhe. Dieses Konzept halten wir für überzeugender als das Festhalten an dem Prinzip der integrierten Förderung. Denn angesichts der großen Zahl der zu uns kommenden Schüler hat sich dieser Ansatz schlicht überholt. Viele Lehrer berichten uns, dass der Unterricht durch die häufigen Wechsel und eine unzureichende Sprachförderung gestört und dem einzelnen Lehrer zu viel abverlangt wird.

SPD

Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist eine zentrale Aufgabe aller unserer Schulen. Mit dem breiten Angebot an Schulformen, dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen, in denen mehr Zeit für die Förderung des Einzelnen bleibt, der Reduzierung der Klassengrößen, einer guten Unterrichtsversorgung und dem dichten Netz an Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Beratungszentren sind auch für die Integration der Flüchtlingskinder in Rheinland-Pfalz sehr gute Voraussetzungen geschaffen.

Die Mittel für Sprachförderung an Schulen wurden auch auf Initiative von SPD und Grünen um rund 4 Mio. Euro (davon 2.1 Mio. Euro durch einen zusätzlichen HH-Antrag) von 22.252.000 Euro auf 26.252.000 Mio. Euro erhöht. Rund 400 Vollzeitkräfte sind in diesem Schuljahr in Rheinland-Pfalz für Deutsch-Intensivkurse eingesetzt, deren Zahl seit Ende des letzten Schuljahres von 151 auf 324 am 1.12.2015 angewachsen ist. Schülerinnen und Schüler nehmen während der Maßnahme in Fächern wie Sport, Kunst und Mathematik am Regelunterricht teil und – davon sind wir und auch viele Experten und Lehrkräfte überzeugt – können so leichter in ihr neues Umfeld integriert werden.

Neben der Initiative von Rot/Grün zur Erhöhung der Mittel für Sprachförderung um weitere 2,1 Mio. Euro haben wir auch beantragt, dem Pädagogischen Landesinstitut zweckgebunden für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zur Sprachförderung insgesamt 150.000 Euro mehr Mittel zuzuweisen. Damit werden Deutsch-Intensivkurse entsprechend dem Bedarf weiter ausgebaut und insbesondere die Berufsbildenden Schulen in ihrer Förderarbeit unterstützt. Wir sehen Rheinland-Pfalz damit für die anstehenden Herausforderungen gut gerüstet.

FDP

siehe Seite 9, 6. Absatz

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass Sprache eine zentrale Voraussetzung für die Integration von Menschen ist, aber eben nur eine von mehreren. Wir halten segregierende Deutschvorlaufkurse für problematisch, weil sie den Kindern und Jugendlichen das Ankommen im Schulalltag und unter Gleichaltrigen erschweren. Wir sind überzeugt, dass das kulturelle und soziale Lernen in der Klasse in Kombination mit gezieltem DaZ-Unterricht den besseren Weg eröffnet. Aus unserer Sicht müssen schulische Deutsch-Intensivkurse Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung haben. Aktuell sind an den Schulen des Landes bereits 324 Deutsch-Intensivkurse eingerichtet, um auf Zuzüge von Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse im laufenden Schuljahr flexibel und bedarfsgerecht reagieren zu können. Hierfür werden 400 Vollzeitlehrereinheiten eingesetzt.

Die Linke

Am allerwichtigsten ist, dass Bildungsangebote für Flüchtlingskinder so früh wie möglich ansetzen. Das muss bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen sichergestellt werden. Durch den verlängerten Aufenthalt in den Einrichtungen von bis zu sechs Monaten droht den Kindern sonst eine lange Zeit verloren zu gehen. In den Schulen müssen die Kinder von Anfang integriert, das heißt gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der bereits bestehenden Klassen unterrichtet werden. Das schließt Vorlaufklassen nicht aus, die insbesondere für den Spracherwerb eine wichtige Rolle spielen. Vorlaufklassen und bestehende Klassen müssen allerdings organisatorisch, inhaltlich und zeitlich so verzahnt werden, dass gemeinsames Lernen möglich wird. Für diese anspruchsvolle Arbeit brauchen die Schulen Fachleute z. B. im Umgang mit traumatisierten Kindern oder für Sprachförderung. Das geht nicht aus dem ohnehin zu knapp bemessenen Personalbestand. Es bedarf höherer Lehrkräftezuweisungen, um den besondere Bedürfnissen dieser Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

Der VBE fragt

Im letzten Jahr haben 2.357 Schulabsolventinnen bzw. -absolventen keinen Schulabschluss (Berufsreife) erhalten. Das entspricht einem Anteil von 5,5 %. Diese Quote ist in den letzten Jahren weitgehend stabil. Was will Ihre Partei tun, um allen Schülerinnen und Schülern einen Schulabschluss zu vermitteln?

Die Partei antwortet

CDU

Jeder Schüler hat Stärken und Begabungen. Deshalb muss es darum gehen, auf die Stärken der Schüler einzugehen, die es bisher schwer haben, an unseren Schulen erfolgreich abzuschließen. Deshalb wollen wir den Unterricht der Schüler, die einen Berufsreifeabschluss anstreben, neigungsspezifischer fokussieren. Das heißt für uns, dass wir den praktischen Bildungszugang deutlich ausbauen und stärken wollen. Daher wollen wir in der Mittelstufe die Praxistage deutlich ausbauen und den Unterricht sehr viel stärker an die praktischen Tätigkeiten anbinden. Gleichzeitig ist eine Stärkung des sozialen Lernens im praktischen Erleben ein weiterer wichtiger Baustein, um die Ausbildungsfähigkeit herzustellen. Allein der Erfolg im praktischen Bereich kann den Lernerfolg beflügeln. In diesem Zusammenhang halten wir auch eine intensivere Vernetzung mit den berufsbildenden Schulen für sehr hilfreich. Vereinzelte Projekte wie „Keiner ohne Abschluss“ können keine befriedigende Antwort auf die Herausforderung, vermeintlich schwachen Schülern Perspektiven zu bieten, liefern.

SPD

Durch gezielte individuelle Förderangebote und Initiativen wie die an 10 Realschulen plus eingerichteten „Keine(r) ohne Abschluss“-Klassen konnte der Anteil von Abgängerinnen und Abgängern ohne Schulabschluss in den letzten Jahren verringert werden und Rheinland-Pfalz seinen Spitzenplatz im Ländervergleich halten und stabilisieren. Diese Maßnahmen möchten wir weiter fortführen. Ziel muss es sein, die Absolventenquote der Jugendlichen ohne Schulabschluss weiter deutlich zu verringern.

Dazu werden auch im berufsbildenden System strukturelle und pädagogische Weiterentwicklungsmaßnahmen in der Berufsfachschule I und im Berufsvorbereitungsjahr ergriffen, um die Chancen der Schülerinnen und Schüler auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern.

Bündnis 90 / Die Grünen

Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins Berufsleben entscheidend. Wir wollen allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung bieten. Angebote in der Ausbildungsvorbereitung wollen wir auf die Jugendlichen ohne hinreichende Ausbildungs- und Betriebsreife konzentrieren. Für die am Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen müssen anrechnungsfähige Qualifizierungen im Mittelpunkt stehen, statt sie in Warteschleifen ohne klar definierte Fortschritte zu halten. Dazu brauchen wir eine Reform des Übergangssystems, die alle beteiligten Akteurinnen und Akteure einbezieht und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer Unterstützungsstruktur anbietet. Dafür wollen wir zusätzliche Jugendberufsagenturen mit dem Ziel flächendeckender Zuständigkeitsbereiche einführen.

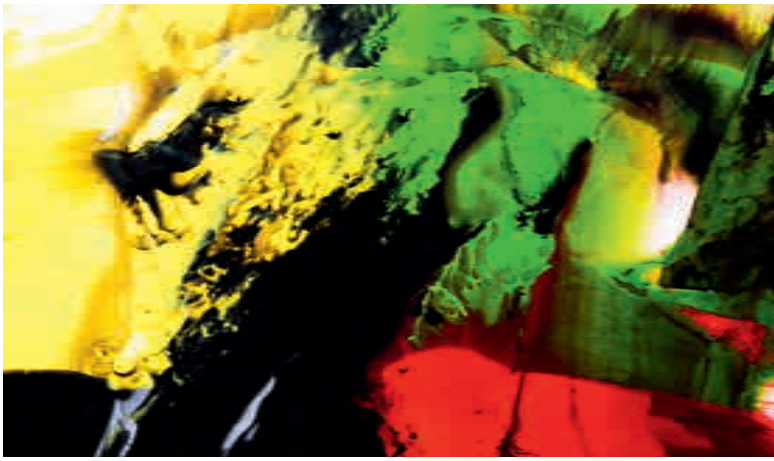
Die Linke

Das längst überholte, gegliederte Schulsystem, das Kinder aus einkommensschwächeren Verhältnissen benachteiligt, muss abgelöst werden. Denn ein gerechtes Schulsystem fördert alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und finanziellen Situation allein nach ihren Begabungen. Nach Klasse 10 erlangen alle Schülerinnen und Schüler den gleichen und landesweit einheitlichen Bildungsabschluss mittlere Reife. Längeres gemeinsames Lernen ist, wie beispielswiese die erfolgreichen Schulsysteme der skandinavischen Länder zeigen, ein Schlüssel zum Schulerfolg für alle Schülerinnen und Schüler.

Bereits im Kita-Bereich muss z. B. durch kleinere Kita-Gruppen eine wirklich kindgerechte Betreuung gewährleistet werden. Eine Schlüsselrolle soll aus unserer Sicht die gezielte Sprachförderung aller Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, spielen. Dazu ist der Herkunftssprachenunterricht (HSU) auszubauen und in seiner Bedeutung für den Schulerfolg zu stärken.

Eveline Lemke, Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Volker Wissing, FDP



Tupac Orellana, Die Linke

Der VBE fragt

In der Bildungspolitik spielt insgesamt die Frage der Finanzierung eine zentrale Rolle. Immer wieder fehlen die Mittel, um schulpolitische Vorhaben so umzusetzen, wie sie intendiert sind. Wie geht Ihre Partei mit diesem offensichtlichen Dilemma um? Sollten ggf. die vorhandenen Mittel umgeschichtet werden oder denken Sie auch an eine Steuererhöhung zugunsten eines besseren Bildungsangebots?

Die Partei antwortet

CDU

Steuererhöhungen sind auf Landesebene kaum möglich. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren ihre Einnahmemöglichkeiten bereits erhöht, hat aber gleichzeitig auch Lehrerstellen abgebaut und trotzdem keine neuen Spielräume für Bildung schaffen können. Es geht deshalb darum, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Statt AQS, Energieagentur, Friedensakademie hätte die rot-grüne Landesregierung seit Jahren den Schwerpunkt auf eine vollständige Unterrichtsversorgung und eine verbesserte individuelle Förderung legen müssen. Es geht deshalb darum, im Landeshaushalt die richtigen Schwerpunkte für eine qualitativ gute Bildung zu setzen.

SPD

Nicht nur in der Bildungspolitik, sondern in allen Bereichen spielt die Finanzierung eine zentrale Rolle. So gibt es emsige politische Diskussionen bei der verkehrlichen Infrastruktur, der inneren Sicherheit sowie der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Da die Schuldenbremse bis 2020 eine Neuverschuldung von Null vorsieht, muss eine politische Schwerpunktsetzung erfolgen. Für die SPD ist Bildung nachgewiesenermaßen ein besonderes Schwerpunktthema und von oberster Priorität. Zudem setzen wir uns bei den Verhandlungen über eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für eine aufgabenadäquate Verteilung der finanziellen Mittel ein – gerade mit dem Argument, dass die Finanzierung von Bildung eine der zentralen Zukunftsaufgaben darstellt. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das Kooperationsverbot für gesamtstaatliche Aufgaben im Bildungsbereich wie Ganztagsschule, Inklusion, Schulsozialarbeit, Sprachförderung für Flüchtlingskinder etc. aufgehoben wird. Eine Erhöhung von Landessteuern lehnen wir ab.

Bündnis 90 / Die Grünen

Für uns GRÜNE ist und bleibt die Konsolidierung des Haushalts ein wichtiges Ziel. Denn das verstehen wir unter einer generationengerechten Haushaltspolitik, die wir konsequent weiterverfolgen müssen. Da die Gesamtausgaben des Einzelplans 09 einen Anteil von rund 40 % an den Gesamtausgaben des Landes ausmachen, ist eine wirksame Konsolidierung ohne Maßnahmen, die auch den Einzelplan des Bildungsministeriums betreffen, leider nicht umsetzbar. Klar ist aber auch: Wir brauchen auch in Zeiten der Schuldenbremse deutlich mehr Investitionen in Bildung. An den Schulen ist das genauso deutlich wie im Hochschulwesen. Mit den Hochschulpakten ist es gelungen, zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Länder durch den Bund zu erhalten. Leider ist diese Unterstützung bislang nicht dauerhaft. Für den Schulbereich gibt es nichts Vergleichbares. Wir setzen uns daher für eine Aufhebung des Kooperationsverbots auch für den Schulbereich ein, damit der Bund die Länder dauerhaft und in der Fläche finanziell unterstützen kann.

Die Linke

Die Schuldenbremse in der derzeitigen Form stranguliert das Land. Haushaltspolitik und Wirtschaft sollen den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Jede Investition, die heute unter dem Diktat der „schwarzen Null“ und durch Schuldenbremsen verhindert wird, wird sich morgen auf der Schuldenseite wiederfinden. DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel beim Landeshaushalt. Wir wollen die Steuereinnahmen durch einen höheren Spitzensteuersatz, angemessene Unternehmenssteuern und das Schließen von Schlupflöchern erhöhen.

Wechselprüfung II: Der letzte Stand der Dinge

Die **Wechselprüfung II** ist weiterhin ein brisantes Thema, das die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, Schulleitungen und Studienseminare beschäftigt. Doch immer noch gibt es Unklarheiten und Gerüchte rund um das Prüfungsverfahren und die Frage der Umwidmung von Stellen. Leider drängt sich dem aufmerksamen Beobachter dabei auch jetzt noch der Verdacht auf, diese Irritationen würden unnötigerweise durch das MBWWK geschürt, was eine Kontinuität der Desinformationspolitik des Verordnungsgebers wäre.

Augenscheinlich sollen immer noch Betroffene von dem Unternehmen der Wechselprüfung abgeschreckt werden, denn eines ist klar: Durch die Umsetzung des Leipziger Urteils, für die sich die Landesregierung – vielleicht gerade mit der Zielsetzung der fortgesetzten Abschreckung der Kolleginnen und Kollegen – entschieden hat, hat sie sehenden Auges ein besonders kompliziertes Verfahren gestaltet. Das Personal, diese Prüfungen für alle Kandidatinnen und Kandidaten zeitnah umzusetzen, ist schlichtweg nicht vorhanden. Somit könnte es dem Ministerium nur recht sein, wenn nur wenige ehemalige Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrer diese Prüfung unternähmen.

Doch die Landesregierung hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht – und das ist in diesem Fall der VBE. Durch die unermüdliche Informationskampagne des VBE an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen konnten sich viele betroffene Kolleginnen und Kollegen informieren und haben sich in der Konsequenz für die Wechselprüfung entschieden. Der VBE Rheinland-Pfalz wird sich auch weiterhin engagieren und die Rechte aller betroffenen Mitglieder auf eine zeitnahe und faire Prüfung konsequent durchsetzen.

Ein Lichtblick: Das Gerücht, eine Höherstufung von A 12 auf A 13 bringe nichts, wenn die Pensionierung binnen der kommenden zwei Jahre erfolgen wird, konnte unlängst ausgeräumt werden. Das Ministerium hat auf Drängen des VBE bestätigt, dass die Wartefrist für die **Pensionswirksamkeit** (§ 12 Abs. 2 LBeamtVG) für die umgewidmeten Stellen nicht gilt, da es sich um die Beseitigung eines rechtswidrigen Zustands handelt. Die Umwidmung der Stellen wirkt sich also sofort voll auf die Pension aus!

Der VBE bekräftigt nochmals seine Rechtsauffassung, dass auch Lehrkräften in der **Passivphase der Altersteilzeit** die Möglichkeit der pensionswirksamen Höhergruppierung nach A 13 gegeben werden muss. Schließlich haben diese Lehrkräfte nicht jahrelang die Schulstrukturreform getragen und quasi mitfinanziert, sie haben auch formal noch eine Dienststelle und befinden sich nicht außer Dienst. Dass eine Wechselprüfung für sie eine der vielen Absurditäten in diesem ganzen Verfahren ist, haben nicht sie selbst, sondern hat die Landesregierung zu verantworten. Der VBE macht sich weiterhin – auch juristisch – für seine Mitglieder in ATZ stark.

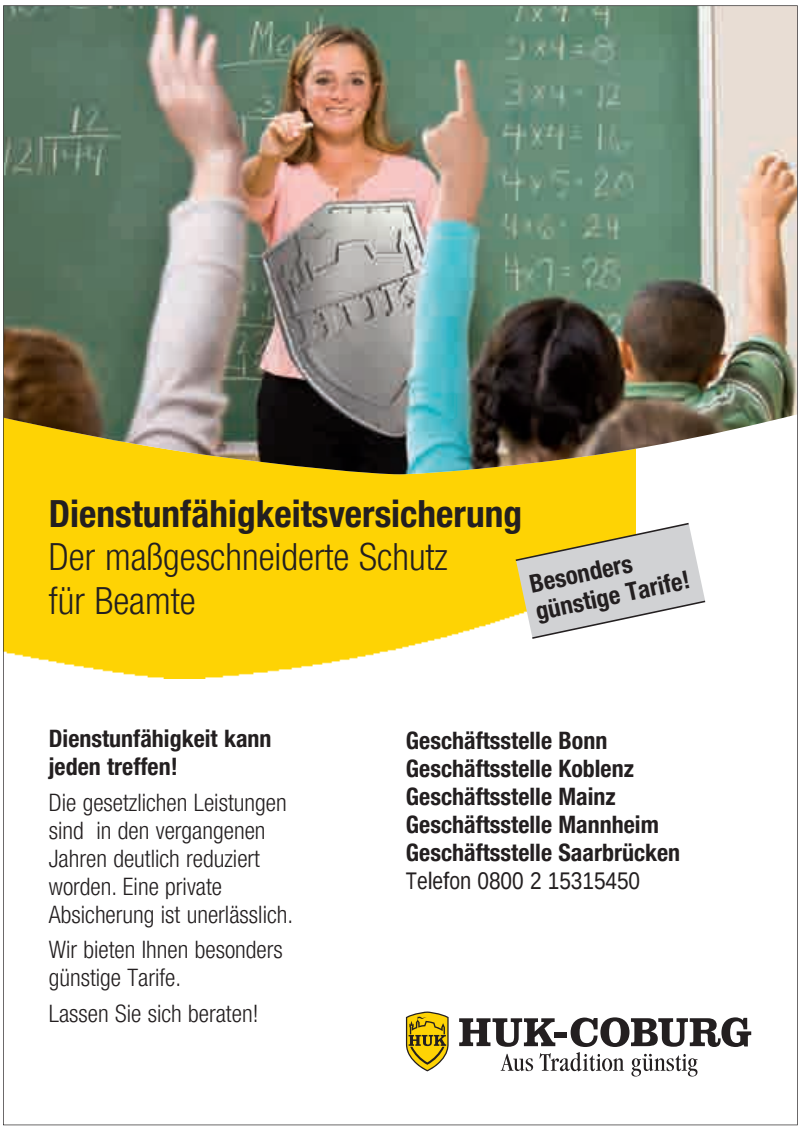
Gleiches gilt aus gleichen Gründen für die **Fachlehrer/-innen**, die für die gleiche Arbeit an den Realschulen plus lediglich mit A 11 abgespeist werden. Auch sie müssen die Chance erhalten, per Wechselprüfung II nach A 13 aufzusteigen!

Eine fortwährende Baustelle ist die **Zeitnähe**. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat dem Land auferlegt, eine zumutbare und zeitnahe Möglichkeit der Bewährungsfeststellung zu schaffen. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich die Prüfungsverfahren entwickeln und wann

Termine für welche Fächer angesetzt werden. Auch werden die Schulleitungen gebeten, die entsprechenden Gutachten zeitnah zu fertigen, denn die Anträge werden erst nach Eingang des Gutachtens weiterbearbeitet. Der VBE bleibt auch hier am Ball.

Vereinzelt sind uns Fälle vorgetragen worden, in denen Studienseminare **Prüfungstermine** mit der Begründung **verweigert** haben, an der Schule der betroffenen Lehrkraft sei nur diese eine oder seien zu wenige interessierte Lehrkräfte, die zur Wechselprüfung II anstehen. Die Schule solle erst einmal Anträge sammeln.

Dies ist nach der Einschätzung des VBE nicht hinnehmbar, da man sich so über ein höchstrichterliches Urteil hinwegsetzt. Der VBE vertritt mit allem Nachdruck die Auffassung, dass keine Lehrkraft aufgrund ihres Dienstortes terminlich benachteiligt werden darf und bittet darum, Verzögerungen jeglicher Art mitzuteilen, damit diese rechtlich geprüft werden können, um gegebenenfalls unterstützend einzugreifen.



Auch bei der **Umwidmung der Stellen** werden wieder Verzögerungen eingebaut. Erst im kommenden Haushaltsjahr will der Dienstherr die ersten Stellen von A 12 nach A 13 umwidmen, da die noch im Amt befindliche Landesregierung den von ihr selbst geschaffenen rechtswidrigen Zustand offensichtlich nicht beseitigen, sondern der nächsten Landesregierung zur Regelung aufbürden will. Was davon zu halten ist, muss hier nicht ausgeführt werden, eine Bewertung ergibt sich von allein. Dieses „Schwarzer-Peter-Spiel“ hat der VBE nachdrücklich bekämpft. Es verachtet die vom BVerwG bestätigten berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen. Die zeitnahe Herstellung sozialer Gerechtigkeit sieht anders aus.

Die anfänglichen zaghaften Schritte in die richtige Richtung aus dem Herbst sind schon vor der Landtagswahl bei SPD und Grünen in Vergessenheit geraten. Man versteckt sich hinter einer Entschließung, die Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode aufzufordern, eine Überführung der A12er in das höhere Amt zu bewerkstelligen. Nachdem also Grund- und Hauptschullehrkräfte dem Land durch ihre Arbeit seit 2009 rund 153 Millionen Euro gespart haben, findet man in Mainz immer noch Wege, eine gerechte Besoldung aufzuhalten. Das ist und bleibt ein Armutszeugnis und widerspricht nach Meinung des VBE Wort und Geist des BVerwG-Urteils.

Noch ein Wort zur **Prüfungsumsetzung**. Die Studienseminare haben in letzter Zeit umfangreiche **Listen von didaktischer Fach- und Forschungsliteratur** an Kolleginnen und Kollegen verschickt, die sich zur Prüfung angemeldet haben. Der VBE weist darauf hin, dass die Kenntnis dieser Literatur laut dem Leipziger Urteil in keiner Prüfung verlangt werden darf, da sich die Prüfungen ausschließlich an der Berufspraxis der Kandidatinnen und Kandidaten orientieren dürfen. Der VBE wird akribisch auf die Einhaltung dieser Vorgaben des BVerwG achten.

Weiterhin werden wir alles tun, um Kolleginnen und Kollegen an den betroffenen Schularten in ganz Rheinland-Pfalz über die Wechselprüfung und deren Folgen aufzuklären, ihnen eventuelle Ängste und Beklemmungen zu nehmen und sie zu beraten, wie sie die Wechselprüfung möglichst bald erfolgreich ablegen können.

Auch wenn in der Vergangenheit – ob nun willentlich oder im Eifer der sicherlich aufreibenden Amtsgeschäfte, sei einmal dahingestellt – einige Nebelkerzen vom Ministerium in die Kollegien geflogen kamen, werden wir letztlich den Nebel lichten und Klarheit schaffen – gerne auch direkt an Ihrer Schule.

Wir freuen uns auf Ihre Anfragen an die VBE-Landesgeschäftsstelle in Mainz.

Frank Handstein
Referent Sekundarstufe I
f.handstein@vbe-rp.de

Treffen von Lehrerorganisationen zum Holocaust-Gedenktag

Erziehung im Geist von Menschenwürde und Völkerverständigung ist Pflicht

Anlässlich des 71. Holocaust-Gedenktages fand vom 25. bis 28. Januar 2016 in Krakau ein weiteres Zusammentreffen der Lehrerorganisationen aus Polen, Österreich, Israel, Lettland, Großbritannien und Deutschland statt.

Gerhard Brand vom geschäftsführenden Vorstand des VBE würdigte zur Eröffnung die alljährlich stattfindenden Begegnungen und bedankte sich für die Einladung. Die Erinnerung an die Opfer des Holocaust sei eine ewige Mahnung, betonte Gerhard Brand, Bildung und Erziehung im Geist der Menschenwürde und Völkerverständigung zu vermitteln. Lehrerinnen und Lehrern sei es auch ein wichtiges Anliegen, dass ihre Schüler Zeitzeugen treffen und Gedenkstätten besuchen.

In Workshops tauschten sich die Teilnehmer über die Vermittlung der Thematik „Shoa“ vom Kindergarten bis zur Oberstufe in ihren Ländern aus. Im Mittelpunkt stand dabei das „Never forget“, um so etwas nie wieder geschehen zu lassen. Nils Weigl (Brandenburg), Sabine Drechsler (Rheinland-Pfalz) und Kerstin Ruthenschröer (NRW) vom Jungen VBE präsentierten in einem Workshop Unterrichtsmaterialien und -reihen, wie sie in Deutschland eingesetzt werden, und berichteten über ihre Unterrichtserfahrungen.

Am 27. Januar nahm die VBE-Delegation an der offiziellen Gedenkfeier in Auschwitz teil, die ganz im Zeichen des „Return“ stand – der Rückkehr der Befreiten in ein normales Leben. Unter den Gästen befanden sich 80 ehemalige Häftlinge des NS-Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau.

Zum Gedenken an die Opfer des Holocaust legte die Bundessprecherin des Jungen VBE Kerstin Ruthenschröer gemeinsam mit den Vertretern der Lehrerorganisationen einen Kranz nieder.

Von Pädagogen für Pädagogen: Wie sollte das Thema Holocaust im Unterricht eingesetzt werden?

Während des Seminars waren sich die Teilnehmer aller Länder einig: Die didaktische Vermittlung leerer Phrasen oder Geschichtsfakten genügt nicht. Wir Pädagogen sollten versuchen, verschiedene Bereiche (Kunst, Literatur, Theater, Film, Museen, Zeitzeugen, Ausflüge etc.) anzusprechen um so den universellen Charakter des Holocausts bewusst zu machen. „Kinder lernen tolerant zu sein, andere Meinungen zu vertreten und zu akzeptieren. (...) Das ist der einzige Weg zur Vermittlung von Werten und zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz“, so Avraham Rocheli (israelische Bildungsgewerkschaft Histadrut Hamorim) in seiner Inputrede.

Einige Unterrichtsideen und Anregungen:

http://zeitzeugen.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html „Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geben den Schülerinnen und Schülern einen persönlichen und damit unmittelbaren Einblick in das von ihnen erinnerte Geschehen.“ Das Pädagogischen Landesinstitut in Bad Kreuznach hat eine Datenbank eingerichtet; auf der Grundlage berät die Koordinierungsstelle Lehrer bei der Planung von Zeitzeugenprojekten und vermittelt Kontakte zu Zeitzeuginnen und -zeugen.

http://lernen-aus-der-geschichte.de/ ein sehr umfangreiches Themenportal mit mehr als 50 Schulprojekten zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust

http://www.yadvashem.org/yv/de/education/educational_materials.asp Die Internationale Schule für Holocaust-Studien (ISHS) entwickelt verschiedene Unterrichtsmaterialien für den Einsatz in Grund- und weiterführenden Schulen sowie außerschulischen Einrichtungen.

http://www.holocaust-unterrichtsmaterialien.de/ Texte und Fotos zur Verfolgung jüdischer Deutscher und zur Ermordung der europäischen Juden in den Jahren 1933–1945. Für alle Schulformen der Klassen 9 und 10 sowie der Oberstufe

http://www.planet-schule.de/wissenspool/judenverfolgung/inhalt/unterricht.html Online abrufbare Filme mit passenden Arbeitsblättern und didaktisch-methodischen Hilfen. Die Filme in diesem Wissenspool beschäftigen sich mit der Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus.

http://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/nationalsozialismus/ Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt Pädagogen bei der Thematisierung des Nationalsozialismus, Holocausts und Zweiten Weltkriegs im Unterricht. Neue didaktische und methodische Ansätze sollen versuchen, das oft schwierig zu vermittelnde Thema schülerorientiert zu unterrichten.

www.remember.org/auschwitz/ bietet die Möglichkeit einer virtuellen Tour durch Birkenau und Auschwitz. Sehr gut umgesetzt!

www.auschwitzundich.ard.de/ ist ein Internetangebot der ARD mit Dokumentationen, Reportagen und weiteren Materialien. Unter anderem werden Schüler und Erwachsene porträtiert, die nach Auschwitz gereist sind, und diejenigen, die Menschen aus Deutschland durch die Gedenkstätte führen.

Sabine Drechsler, Landessprecherin des Jungen VBE, junger@vbe-rp.de

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto[1)]

[1)] Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.[1)]

Vorteil für dbb-Mitglieder:
• 30,– Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

VBE-Vertrauensleute aus der Region Trier stellen sich vor

Stellvertretend für die VBE-Vertrauensleute an den rheinland-pfälzischen Schulen stellen wir in dieser Ausgabe sechs Kolleginnen und einen Kollegen aus der Region Trier vor. Sie bilden eine Anlaufstelle zum VBE Rheinland-Pfalz direkt vor Ort an den Schulen. Sie informieren interessierte Kolleginnen und Kollegen über die schulpolitischen Ziele und die berufliche Interessenvertretung des VBE und sie vermitteln VBE-Ansprechpartner für zahlreiche Probleme, die sich im Schulalltag stellen. Sie sorgen auch dafür, dass der VBE optisch präsent ist – mit seinen Kampagnen und Forderungen an die Landesregierung. Dafür sagt der VBE Rheinland-Pfalz herzlich DANKE!

RED

PS: Wenn wir auch Sie vorstellen dürfen, schicken Sie einfach ein Selfie mit Ihren Daten an die VBE-Landesgeschäftsstelle info@vbe-rp.de.

Jörg Rodner

Jahrgang 1982, Grundschullehrer an der Grundschule Kusel (Schwerpunktschule), PES-Beauftragter und GTS-Koordinator, Legasthenie- und Dyskalkulietrainer; VBE-Mitglied seit 2009
joe.rodner@web.de
Mitglied des VBE-Kreisverbandes Obere-Nahe

Barbara Mich

Jahrgang 1966, pädagogische Koordinatorin an der Ruwertalschule, Grund- und Realschule plus in Waldrach; VBE-Mitglied seit 1994

barbara.mich@onlinehome.de
Mitglied und Schriftführerin im VBE-Kreisverband Trier-Saarburg

Elisabeth Kunsmann

Jahrgang 1968, Realschullehrerin an der Clara-Viebig-Realschule plus Wittlich VBE-Mitglied seit 2004

elisabeth.kunsmann@t-online.de
Mitglied und Beisitzerin im VBE-Kreisverband Bernkastel-Wittlich

Sabine Drechsler

Jahrgang 1982, Förderschullehrerin an der Realschule plus und Fachoberschule Birkenfeld (Schwerpunktschule), VBE-Mitglied seit 2010, Landessprecherin des Jungen VBE Rheinland-Pfalz
drechslersabine@gmx.de
Mitglied im VBE-Kreisverband Obere-Nahe

Manuela Noll-Hussong

Jahrgang 1982, Förderschullehrerin an der Grundschule Waldmohr (Schwerpunktschule), VBE-Mitglied seit 2010, stellvertretende Landessprecherin des Jungen VBE Rheinland-Pfalz
manuela.noll-hussong@web.de
Mitglied im VBE-Kreisverband Obere-Nahe

Maria Pritzen

Jahrgang 1961, Rektorin an der Grundschule Piesport, VBE-Mitglied seit 1991

mariapritzen@web.de
Mitglied und stellvertretende Vorsitzende im VBE-Kreisverband Bernkastel-Wittlich

Unsere Jugendzeitschriften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Lesekompetenz ist das A und O guter ganzheitlicher Erziehung. Für uns Lehrerinnen und Lehrer ist das ohnehin klar. Deshalb werden wir unserem Bildungsauftrag gerecht und empfehlen aus unserer pädagogischen Verantwortung heraus geeigneten Lesestoff für unsere Schulkinder. Deshalb gibt der VBE auch in einer langen Tradition Schul-Jugendzeitschriften heraus!

Hermann Schäfer,
Rektor i. R., pädagogischer Schriftleiter für Rheinland-Pfalz

Themenvorschau März bis April 2016

FLOHKISTE für die 1. und 2. Klasse

mit Didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!

Nr. 7/8 erscheint am 14. März:	Frühlingsboten *)
Nr. 9 erscheint am 28. März:	Mobilität
Nr. 10 erscheint am 11. April:	Alle Vöglein sind schon da! *)
Nr. 11 erscheint am 25. April:	Obst und Gemüse: Von der Blüte zur Frucht

floh! für die 3. und 4. Klasse

mit Didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!

Nr. 7/8 erscheint am 14. März:	Rund ums Ei *) **)
Nr. 9 erscheint am 28. März:	Von der Raupe zum Schmetterling
Nr. 10 erscheint am 11. April:	Ernährung *) **)
Nr. 11 erscheint am 25. April:	Rollenverhalten

*) mit Lesefitness **) neu: mit FLOH-Rechtschreib-Fitness

ich TU WAS! – die Mitmach-Zeitschrift für Naturforscher

März 2016:	Tarnung
April 2016:	Lügen
Mai 2016:	Vogelkonzert

O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

März 2016:	Music
April 2016:	Spring
Mai 2016:	Clothes

Geringfügige Änderungen der Heftthemen möglich!

Ein kostenloses Probeheft können Sie online anfordern unter www.floh.de/probehefte_lehrer.
Bestellen können Sie unsere Jugendzeitschriften online oder per Fax unter www.domino-verlag.de.
(Entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!)

www.recht-fuer-lehrer.de

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot.

Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht/Altersteilzeit/Pensionsberechnung

Telefonberatungszeiten unseres Justiziars Dominik Hoffmann:

Montag, 14:30–16:30 Uhr
Mittwoch, 11:00–12:30 Uhr
Donnerstag, 14:30–16:30 Uhr

Telefon 0 61 31 / 61 64 22

RA Dominik Hoffmann

Rechtsfrage des Monats

Eine Kollegin fehlt aufgrund häufiger Kurzerkrankungen immer mal wieder, vorwiegend an Montagen. Bisher hat unsere Schulleitung dies akzeptiert und auch kein ärztliches Attest gefordert. Nun wird von der Kollegin jedoch ab dem 1. Tag der Erkrankung ein Attest gefordert. Ist dies zulässig?

Antwortmöglichkeiten:

Die Dienstanweisung ...
a) ... ist in jedem Fall zulässig, ungeachtet der konkreten Häufung der Fehlzeiten.

b) ... ist im konkreten Einzelfall zulässig, wenn aufgrund häufiger Kurzerkrankungen Grund zur Annahme besteht, dass eine tatsächliche Erkrankung nicht vorliegt. Darüber hinaus ist dieser Vorgang der Schulaufsicht zu melden.

c) ... ist rechtswidrig und muss daher nicht befolgt werden. Im Wege der Remonstration ist die Dienststelle hierauf hinzuweisen.

Möglichkeiten der Stundenreduzierung

Als verbeamtete Lehrkraft arbeite ich seit vielen Jahren in Vollzeit. Welche Möglichkeiten habe ich, um für längere Zeit ganz oder teilweise meine Freistellung vom Dienst zu erreichen?

Beamtinnen und Beamte haben nach dem Landesbeamtengesetz zwei Möglichkeiten, sich längerfristig ganz oder teilweise vom Dienst freistellen zu lassen: Teilzeitbeschäftigung (§ 75) und Beurlaubung (§ 76).

Bei der Teilzeitbeschäftigung ist zu beachten, dass dies im Regelfall nur bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit möglich ist. Auf diese Weise wird insbesondere vor Altersarmut geschützt, denn eine Verringerung des Deputats kann sich auf lange Sicht erheblich im Ruhegehaltssatz auswirken. Ausnahmen für die Unterschreitung des halben Deputats sind nur in den Fällen des § 74 Abs. 4 möglich (Betreuung eines Kindes unter 18, nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftiges Kind über 18 oder pflegebedürftige Angehörige) und längstens für eine Zeit von insgesamt 15 Jahren (§78), wobei dabei Urlaub aus familiären Gründen und unterhälftige Einsatzzeiten zusammenaddiert werden.

Außerdem können Beamtinnen und Beamte unter den Voraussetzungen des § 19 a Abs. 1 und 2 Urlaubsverordnung Elternzeit in Anspruch nehmen.

Der Antrag auf Elternzeit soll gemäß § 19b UrlVO spätestens 7 Wochen vor dem Beginn der Elternzeit gestellt werden, die Anträge auf Teilzeitbeschäftigung oder Urlaub sind grundsätzlich jeweils zum 01. Februar des laufenden Jahres mit Wirkung ab dem nächsten Schuljahr zu stellen. Kommt es im Ausnahmefall zu einer kurzfristigen Notwendigkeit, ist umgehend mit der Schulaufsicht in Kontakt zu treten.

Schwerbehinderung / mehrere Einsatzschulen / Parkplatz

Als schwerbehinderte Lehrkraft bin ich seit einigen Jahren an zwei Schulen tätig, die einige Kilometer auseinanderliegen. Dies ist für mich sowieso schon eine starke Belastung. Nun ist jedoch aufgrund von Umbauarbeiten am Außengelände einer Schule mein Schwerbehindertenparkplatz weggefallen, sodass ich große Probleme habe, überhaupt einen Parkplatz zu finden. Was kann ich tun?

Das MBWWK hat mit den Hauptpersonalräten sowie den Hauptvertrauenspersonen bereits im Jahr 2003 eine Integrationsvereinbarung getroffen, die im Jahr 2013 zum dritten Mal fortgeschrieben wurde. In dieser Vereinbarung sind Handlungsanweisungen geregelt, die die Rücksichtnahme auf die betroffenen Kolleginnen und Kollegen manifestieren. Wo auch immer es möglich ist, soll ein Ausgleich geschaffen werden, um im Sinne des Präventionsgedankens die Arbeitsfähigkeit so lange wie möglich zu erhalten. Die Schwerpunkte dieser Vereinbarung sind in den „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ abgedruckt, die am 23. Oktober 2015 neu aufgelegt wurden (Broschüre 16 des VBE Rheinland-Pfalz). Darin heißt es unter Ziffer 13.6:

www.recht-fuer-lehrer.de

Anpassung der VBE-Mitgliederbeiträge

Zum 01. April 2016 werden die VBE-Mitgliederbeiträge an die steigenden Verwaltungs- und Organisationskosten sowie an die Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst angepasst. Grundlage dafür sind die Besoldungserhöhungen zum 01. März 2016, die aus technischen Gründen über die Quartale 2 bis 4 des Jahres 2016 verrechnet werden. Die Anpassungen wurden nach den Vorgaben der VBE-Finanzordnung berechnet und vom Hauptausschuss des VBE Rheinland-Pfalz im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 beschlossen.

VBE-Mitgliederbeiträge ab April 2016
gültig ab 01. April 2016

Aktiv	
A10	14,60
A11	16,70
A12	18,00
A13	20,30
A14	21,10
A15	27,40
A16	30,20
E 8 / PF / Erz.	13,60
E9	14,50
E10	16,60
E11	17,30
E12	17,90
E13	20,00
E14	21,80
E 15	24,20
3/4 TZ	15,60
1/2 TZ	13,10
Beurlaubt/ Elternzeit	13,10
Partner/Gatte	14,30
LAA/RLA/ Referendare	4,00
Studierende	0,00
ohne Beschäftigung	4,00

Pension/Rente	
Pens./AT alt	14,30
A10 pens./ AT	11,70
A11 pens. /AT	13,40
A12 pens./ AT	14,50
A13 pens. /AT	16,20
A14 pens. /AT	16,90
A15 pens. /AT	21,70
A16 pens. /AT	24,00
E 8 / PF/ Erz. pens. /AT	10,90
E9 pens. /AT	11,70
E10 pens. /AT	13,10
E11 pens. /AT	13,70
E12 pens. /AT	14,30
E13 pens./ AT	15,90
E14 pens. /AT	17,60
E 15 pens. /AT	19,50
3/4 TZ pens. /AT	12,40
1/2 TZ pens. /AT	10,50
Beurlaubt/ Elternzeit pens. /AT	10,50
Partner/Gatte pens./ AT	11,40

Hinweis: Die Beitragsgruppe „Pens./AT alt“ wird aus der vor dem 01. Januar 2013 gültigen VBE-Beitragsordnung fortgeführt. *RED*

„Ein Einsatz [...] an mehreren Schulen darf nur erfolgen, wenn die Betroffene oder der Betroffene zugestimmt hat.“ Sofern Ihnen die Arbeitsbelastung zu hoch ist, steht es Ihnen somit jederzeit frei, den bisherigen Einsatz zu beenden. Dies gilt sogar für Schulen mit mehreren Standorten.

Was die Parkplatzfrage angeht, so ist die Situation sehr bedauerlich. Gemäß Ziffer 13.7. der genannten Handreichungen hat die Schulleitung mit dem Schulträger darauf hinzuwirken, dass entsprechende Parkplätze ausgewiesen werden. Sofern aus bautechnischen Gründen für längere Zeit gekennzeichnete Parkflächen entfallen müssen, wäre somit eine Umwidmung von sonstigen Flächen angemessen. Auch wenn dies möglicherweise den Verlust sonstigen Parkraums für das Kollegium zur Folge hat, empfehlen wir dringend, hier ein Gespräch mit der Schulleitung zu führen, damit eine gemeinsame Lösung gefunden werden kann.

Piercing im Sportunterricht

Im Sportunterricht habe ich als Sportlehrer immer wieder Konflikte mit Schülerinnen, die ihre Pearcings nicht ablegen oder abkleben wollen. Was kann ich tun?

Die besondere Fürsorgeverpflichtung der Sportlehrkräfte gegenüber allen Schülerinnen und Schülern beinhaltet auch die Minimierung von Verletzungsrisiken. Aus diesem Grund sind Schmuck, Uhren und sonstige störende Gegenstände abzulegen. Alternativ muss der Schmuck abgeklebt werden. Bei welcher Sportart welche Gegenstände zu Verletzungsrisiken führen, obliegt der Lehrkraft vor Ort. Bei Weigerung der Anweisung muss die Teilnahme an den betroffenen Übungen untersagt werden. führt dieses Verhalten zu einem unterbliebenen Leistungsnachweis, liegt eine Leistungsverweigerung bzw. ein nicht entschuldigtes Versäumen vor. Es kann somit die Note „ungenügend“ erteilt oder die Leistung als „nicht feststellbar“ dokumentiert werden, vgl. Ziffer 10 der „Orga-Hand“ (Broschüre 16).

Antwort Rechtsfrage des Monats

Richtig ist Antwort b)

Erkrankt eine verbeamtete Lehrkraft, so ist dem Schulleiter dies unverzüglich – möglichst vor Unterrichtsbeginn – unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer der Verhinderung anzuzeigen. Dauert die Erkrankung länger als drei Arbeitstage an, ist ein ärztliches Attest vorzulegen, aus dem die voraussichtliche Dauer der Erkrankung ersichtlich sein muss.

Ergeben sich – wie in diesem Fall – Zweifel am Vorliegen der Erkrankung, ist zunächst im dienstlichen Gespräch mit dem Betroffenen eine Klärung herbeizuführen. Gelingt dies nicht, ist die ADD auf dem Dienstweg unverzüglich zu unterrichten, die ihrerseits dann berechtigt ist, die entsprechende Vorlage ab dem ersten Tag zu verlangen. Des Weiteren ist die ADD unter Fürsorgegesichtspunkten verpflichtet, gegebenenfalls eine amtsärztliche Untersuchung einzuleiten, um die Frage der allgemeinen Dienstfähigkeit bzw. Erwerbsfähigkeit zu prüfen.

Achtung: Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Hierin (§ 44 TV-L) sind Sonderregelungen für Lehrkräfte enthalten, die beispielsweise auch die Arbeitsunfähigkeit während der Schulferien anzeigepflichtig machen. Außerdem zählen hier nicht Arbeits-, sondern Kalendertage.

RA & FAArbR Dominik Hoffmann

IN MEMORIAM

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Franz-Heinrich Justen
Lehrer a. D.
Unter der Hardt 15
54439 Saarburg
geb. 10.01.1933
† 02.02.2016

Heinrich Busch
Oberlehrer a. D.
Schulstr. 3
66879 Steinwenden
geb. 23.04.1925
† 29.01.2016

Willi Braun
Rektor a. D.
Hofstr. 15
54413 Beuren
geb. 18.12.1927
† 09.02.2016

Youtube Red

Seit Oktober gibt es die Bezahlversion von Youtube in den USA, 2016 soll „Youtube Red“ auch in Deutschland angeboten werden. Für 9,99 Dollar im Monat gibt es z. B. in den USA keine Werbung mehr, Videos können direkt in verschiedenen Qualitäten gespeichert werden und das direkte Aufnehmen von mp3-Audiodateien aus einem Video wird möglich. Außerdem soll es spezielle Angebote nur für Premiumkunden geben. Youtube betont allerdings, dass das Angebot nur ein Zusatz ist, die kostenlose Variante also weiterhin Bestand hat.

Windows-10-Tools

Gegenüber Windows 8 ist die 10er-Version ein echter Fortschritt! Trotzdem kann sie durch kleine kostenlose Programme verbessert werden. Empfehlenswert sind z. B.:

Classic Shell bringt den guten, alten Windows-7-Startbutton zurück. Auch wenn Windows 10 ihn teilweise wieder eingeführt hat, trauert mancher Nutzer noch dem alten Button nach. Hiermit wird er wieder eingeführt!

Der **Win Experience Index** bringt den Leistungsindex zurück, der mit Windows 8 verschwunden ist. Es wird also die Gesamtleistung des Systems gemessen, gut für den Vergleich von Rechnern.

Auch Windows 10 beherrscht nicht die direkte Erstellung von pdf-Dateien. Mit dem **PDFCreator** kann statt eines Ausdrucks auf Papier ein „Druck“ in eine pdf-Datei erfolgen. So sollten z. B. Zeugnisse immer zur Archivierung auch in eine pdf-Datei gedruckt werden!

Das **Windows System Control Center** bietet mehr als 300 Tools unter einem Dach. Egal ob Systempflege oder Datenrettung, hier finden Sie die passenden Werkzeuge. Die einzelnen kostenlosen Programme selbst werden erst bei Bedarf heruntergeladen und installiert. Alle Programme können Sie z. B. hier downloaden:

www.chip.de

DSL-Geschwindigkeit

Bekommen Sie wirklich Ihre bezahlte DSL-Geschwindigkeit geliefert? Sie sollten Ihre DSL-Geschwindigkeit überprüfen! Nach einer Studie zur Qualität der Breitband-Dienste in der EU erreichen in Deutschland nur ca. 75 % der Anschlüsse die zugesagte Geschwindigkeit. Bei dauerhaft zu niedriger Geschwindigkeit besteht in der Regel ein Sonderkündigungsrecht. Vor Kündigung sollte aber z. B. überprüft werden, ob der Router und die Verkabelung in Ordnung sind, und es sollte über einen Kabelanschluss geprüft werden, also nicht über WLAN. Vor Kündigung sollte auch mit dem Provider Kontakt aufgenommen werden, damit er die Chance zur technischen Nachbesserung hat. Eine Messung der DSL-Geschwindigkeit kann z. B. hier erfolgen:

https://breitbandmessung.de
http://speedtest.connect.de
www.speedmeter.de

Reserveakku

Der Akku Ihres Notebooks ist zu schnell leer und keine Steckdose in Reichweite? Die „Ultrabank“ von Inline hilft in solchen Situationen. Der 20.000mAh-Akku versorgt Smartphones, Tablets und Notebooks mit Zusatzstrom. Ein Notebook kann damit etwa einmal voll aufgeladen werden. Mitgeliefert werden 25 verschiedene Adapter. Mit einem Gewicht von ca. 650 Gramm ist er zwar recht schwer, lässt sich aber durch seine flache Bauweise gut transportieren. Der Preis liegt bei etwa 115 €. Günstiger ist z. B. der „RAVPower® 23000mAh externer Akku“ (ca. 90 €), bei dem aber weniger Adapter mitgeliefert werden. Achten Sie vor dem Kauf darauf, dass Ihre Geräte unterstützt werden!

Zwangsrouter

Bisher durften Provider vorschreiben, welchen Router die Kunden nutzen. Ab Mitte 2016 fällt dieser Routerzwang weg. Jeder kann also selbst entscheiden, ob der Router des Anbieters oder ein selbst gekaufter an die heimische Internet-Dose angeschlossen wird. Der Router des Anbieters hat den Vorteil, dass alle wichtigen Einstellungen und Updates von ihm vorgenommen werden. Funktioniert etwas nicht, kann der Anbieter per Fernwartung auf den Router zugreifen und ihn überprüfen. Bei einem selbst gekauften Router ist dies nicht ohne Weiteres möglich. Der Vorteil des individuellen Routers ist, dass ein leistungsstärkeres Gerät gewählt werden kann und die Einstellungen frei vorgenommen werden können. Sollten Sie zu einem freien Router tendieren und in den nächsten Monaten einen neuen Vertrag abschließen, sollten Sie darauf achten, dass Sie sich nicht für 2 Jahre an einen gemieteten Zwangsrouter binden!

babyCam Garmin

Sie haben ein Garmin-Navi und ein Kleinkind? Die neue „babyCam“ von Garmin überträgt Bilder vom Kindersitz auf der Rückbank direkt auf das Navigationsgerät. Die Sprachnavigation läuft unabhängig von der babyCam. Sie funktioniert nur mit Garmin-Navigationsgeräten, die Liste der kompatiblen Geräte ist lang. Am Ziel angekommen, gibt das Navi einen Hinweis, dass auf der Rückbank ein weiterer Passagier auf Mitnahme wartet. Die Kamera ist ab Anfang 2016 verfügbar, bei einem unverbindlichen Preis von 199 € wird der Verkaufspreis bei etwa 150 € liegen.

www.garmin.de

China-Shops

Auf vielen Verkaufsplattformen bieten chinesische Händler ihre Waren an. Selbst bei Amazon finden sich Angebote chinesischer Händler. Bei technischen Geräten ist allerdings Vorsicht geboten. So ist es oft schwierig, Garantieansprüche durchzusetzen, und eine Rücksendung ist teuer. Dies gilt auch für Anbieter wie Ebay oder Amazon, wenn dort direkt bei chinesischen Händlern gekauft wird!

All-in-One-PC

Ist Ihnen Ihr Display zu klein? Dann bietet HP für Sie einen Komplettrechner an, der mit einem gebogenen 34-Zoll-UHD-Display beeindruckt. Mit einem schnellen Intel i7-Skylake-Prozessor, einer 128GB-SSD, einer 1TB-Festplatte und einer NVIDIA-GeForce-GTX-960A-Grafikkarte sind auch die inneren Werte

VORSCHAU

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Treiber-Update
- Google Suchtipps
- Desktop Rechner

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

beeindruckend. Dafür wird aber auch ein hoher Preis gefordert, angesichts des außergewöhnlichen Designs gibt es aber bestimmt Käufer, die bereit sind, die geforderten 2600 € zu bezahlen. Allerdings sollte jedem Käufer bewusst sein, dass die Erweiterbarkeit dieser Systeme sehr begrenzt ist und die heute hervorragende Ausstattung in einem Jahr bereits in Teilen überholt ist.
www.hp.com

USB 3.1

Planen Sie den Kauf eines neuen Computers? Dann sollten Sie darauf achten, dass er mindestens eine USB-3.1-Buchse besitzt. Die Vorteile von USB 3.1 sind die höhere Geschwindigkeit, der höhere mögliche Ladestrom und die längere Haltbarkeit der neuen Stecker. Bei dem neuen Stecker ist es egal, in welcher Lage er eingesteckt wird, es gibt kein „oben" und „unten" mehr! Um USB-2.0 oder USB-3.0-Geräte an die neue Buchse anzuschließen, wird allerdings ein Adapter benötigt. Deshalb sollten bei einem neuen Rechner auch USB-3.0-Buchsen vorhanden sein.

Große Smartphones

Nexus 6P, iPhone 6 Plus, Lg G4, Samsung Galaxy Note 4 oder Huawei Ascend Mate 7; Das Angebot von Smartphones mit einer Diagonalen von 5,5 oder mehr Zoll wird immer größer. Die große Sichtfläche ist angenehm, das Telefonieren am Ohr und die Bedienung jedoch gewöhnungsbedürftig. Vor dem Kauf eines solchen „Phablets" sollten Sie es auf jeden Fall einmal in die Hand nehmen. Nur so können Sie feststellen, ob Ihnen die Größe zusagt.

App-Tipp: TuneIn Radio

Viele Smartphones haben ein eingebautes UKW-Radio. Es funktioniert allerdings nur mit Kopfhörern, die als Antenne dienen. TuneIn bietet über 100.000 Sender über das Internet. Sie können neben fast allen deutschen Sendern auch internationale Sender empfangen. TuneIn ist für Android, iOS und Windows kostenlos, die Werbebanner stören wenig. Die kostenpflichtige Pro-Version bietet mehr Möglichkeiten, ist aber nicht unbedingt nötig.

Internet

Hier können Sie einzelne Beiträge aus einer Zeitung oder Zeitschrift lesen. Die Bestellung eines Artikels ist zwar nicht kostenlos, aber billiger als die komplette Ausgabe zu kaufen. Ein Artikel kostet zwischen 15 und 90 Cent. Bei mehreren Artikeln ist maximal der Preis der Gesamtausgabe fällig. Vertreten sind z. B. die Frankfurter Allgemeine, der Spiegel oder die Neue Züricher Zeitung.
www.blendle.de

Das Angebot für Musikliebhaber wird immer reichhaltiger! Neben den schon älteren Angeboten wie Napster, Simfy oder Spotify bieten nun auch Amazon und Aldi eine Musik-Flatrate an. Bei Amazon ist sie im Prime-Tarif (49 €/Monat) enthalten, der auch Filme und kostenlose Lieferung bietet. Allerdings bietet Amazon Zugriff auf „nur" ca. 1 Million Songs. Aldi verlangt 7,99 € pro Monat, mit Download-Option und über 34 Millionen Songs und 10.000 Hörbüchern im Angebot. Die große Auswahl wird durch eine Kooperation mit Napster erreicht, dessen Angebot selbst teurer ist.
www.aldilife.de
www.amazon.de

Eine neue Mietwohnung gesucht? Es muss nicht immer der Makler sein, der dabei hilft. Im Internet gibt es eine Reihe von Dienstleistern, die bei der Wohnungssuche helfen. Neben den großen Portalen wie immobilienscout24.de, immowelt.de oder immobilien.de finden sich neue, zum Teil skurrile Angebote. So will z. B. das neue Angebot „homey" wie bei einer Partnersuchbörse vorab den Grad der Übereinstimmung zwischen Mieter und Vermieter ermitteln. Auch „Versteigerungen" gibt es, bei denen der Mietsuchende seine Wunschmiete eingibt, so z. B. bei einigen Angeboten von Smoove. Bei Eingabe von persönlichen Daten vor der Vermietung sollten Sie allerdings vorsichtig sein! Ob die Anbieter den Datenschutz wirklich befolgen, kann niemand garantieren.
www.homey.de
www.smoove.de

Gibt es einen neuen Technik-Trend? Wie sieht die Zukunft in der Medizin aus? Wann haben wir genug erneuerbare Energien? Gibt es neue Modetrends? Hier finden Sie neue Trends und Entwicklungen, die die Zukunft verändern könnten!
www.trendsderzukunft.de
www.zukunftsentwicklungen.de

Tipps und Tricks

Firefox-Menüleiste
Ihre Menüleiste in Firefox ist verschwunden? Sie können sie einfach einblenden! Drücken Sie einmal kurz die ALT-Taste, schon erscheint oben die Menüleiste. Dauerhaft können Sie die Leiste einblenden, indem Sie mit der rechten Maustaste in das obere blaue Band klicken und das Häkchen neben „Menüleiste" setzen.

Windows: Uhrzeit synchronisieren
Normalerweise stellt sich die Uhrzeit regelmäßig automatisch ein. Wenn Sie aber die Uhrzeit aktiv verstellt haben (z. B. um eine Datei unter einem anderen Datum zu speichern), dann können Sie schnell die richtige Uhrzeit einstellen lassen. Klicken Sie dazu mit der rechten Maustaste auf die Uhrzeit rechts unten auf dem Desktop. Nun klicken Sie auf „Datum/Uhrzeit ändern" und dann oben auf den Tab „Internetzeit". Wenn Sie auf „Einstellungen ändern" klicken, finden Sie die Schaltfläche zum sofortigen Aktualisieren der Zeit. Den Haken vor „Mit einem Internetserver synchronisieren" sollten Sie stehen lassen, da nur so regelmäßig aktualisiert wird.

Whatsapp: Lesebestätigung
Noch immer nicht die Nachricht gelesen? Die Lesebestätigung von Whatsapp gibt Auskunft darüber, ob Ihre Nachricht schon gelesen wurde. Sie kann aber auch ausgeschaltet werden. Über Einstellungen-Account-Datenschutz-Lesebestätigung kann der Haken entfernt werden. Nun wird keine Bestätigung mehr versendet. Ein Ausschalten für bestimmte Kommunikationspartner ist allerdings nicht möglich.

Neuwahlen im VBE-Kreisverband Altenkirchen:
Landesregierung erntet viel Kritik

Einen breiten Raum der Diskussionen auf der Mitgliederversammlung des VBE-Kreisverbands Altenkirchen nahmen die Inklusion von behinderten Mädchen und Jungen und die Integration von Flüchtlingskindern in die Schulen unseres Landes ein. Die Forderungen nach mindestens 300 zusätzlichen Stellen, nach Übernahme der befristet angestellten Lehrkräfte und nach mehr ausgebildeten Förderschullehrerinnen und -lehrern waren unüberhörbar. Doch nicht nur zusätzliches Personal sei unabdingbar notwendig zum Gelingen von Inklusion und Integration, sondern auch die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen müssten vorhanden sein.

Die Rahmenbedingungen gilt es durch die Landesregierung und durch die Sachkostenträger zu schaffen, sonst kann diese Mammutaufgabe nicht bewältigt werden. Den Kolleginnen und Kollegen ist in der Vergangenheit schon viel zu viel aufgebürdet worden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Gleichstellung von ehemaligen Hauptschullehrkräften und deren Übernahme in A 13. Die Forderung der Landesleitung an die Landesregierung nach zügiger Umsetzung fand breite Unterstützung. Der Vorsitzende ermunterte alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen, umgehend einen Antrag auf Übernahme in A 13 zu stellen. Sie sollten sich nicht durch die Nebelkerzen gewerkschaftlicher Mitbewerber und die Verzögerungstaktik der Landesregierung verunsichern lassen.

Neben diesen interessanten Diskussionspunkten standen auch die Ehrungen langjähriger Mitglieder und die Neuwahl des Kreisvorstands auf der Tagesordnung, außerdem wurde Max Reifenhäuser aufgrund seiner großen Verdienste um den Kreisverband zum Ehrenmitglied ernannt.

VBE-Altenkirchen ehrt seine Mitglieder

Jubilare des Kreisverbands:

65 Jahre: Hermann Heyermann
60 Jahre: Rudolf Eicher
50 Jahre: Hermann Gerhardus und Karl Mockenhaupt
40 Jahre: Ursula Böhmer, Ludwig Heer, Reiner Hollmann, Norbert Hundt, Harald Ippach, Therese Krick, Heribert Meyer, Irmgard Müller, Hans-Werner Nentwig, Marietherese Pfeiffer, Matthias Philipp, Willi Philipp, Manfred Schlechtriemen, Peter Stöckigt, Werner Stricker, Richard Walter, Friedhelm Zöllner
25 Jahre: Reinhard Patzelt und Gerhard Schmidt

Der neue Vorstand des Kreisverbands:

Vorsitzender:	Heribert Meyer
Stellvertreter:	Thomas Knies, Lars Lamowski
Geschäftsführerin:	Valerie Schumann
Kassierer:	Frank Kremer
Seniorenvertreter:	Werner Stricker
Junger VBE:	Lisa Philipp
Ehrenvorsitzender:	Reimund Reifenrath
Kassenprüfer:	Anke Gille, Reiner Hollmann, Jörg Pfeiffer

Heribert Meyer
VBE-Kreisvorsitzender

KV Ludwigshafen / Frankenthal
Neujahrsempfang

Am 13. Januar trafen wir uns im Heinrich-Pesch-Haus zum Neujahrsempfang. Zunächst zeigten uns Heide und Helmut Endres Lichtbilder und Fotos von Veranstaltungen und Unternehmungen unseres Kreisverbandes im vergangenen Jahr. Wir konnten in Gedanken unsere Erinnerungen und Eindrücke auffrischen. Zu den Unternehmungen zählen:

- Besuch des Müllheizkraftwerks in Ludwigshafen
- Dia-Show Äthiopien
- Museumsausstellung „Land der Unsterblichkeit Ägypten“ in Mannheim
- Schifffahrt auf dem Altrhein
- Straußenfarm in Rülzheim
- Sealife-Aquarium in Speyer
- Mitgliederehrung
- Treffen im Advent / Besinnung im Advent

Schließlich wünschten wir uns für das kommende Jahr alles Gute. Helmut Endres stellte uns seine Überlegungen und Planungen für das 1. Halbjahr vor. Er lobte alle, welche sich aktiv im Kreisverband einbrachten. Paul Schwöbel dankte dem Kollegen Endres für seine gesamte Arbeit.
Wir wünschen, dass es im kommenden Jahr genau so weitergeht wie im vergangenen. Selbstverständlich saßen wir anschließend noch gemütlich beisammen.

Marika Klausmann

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im April 2016

■ zum 101. Geburtstag

am 28.4.
Alois Strubel
Orleansstr. 1 ▪ 666953 Pirmasens

■ zum 91. Geburtstag

am 20.4.
Herbert Kriesch
Adenauerstr. 5
367433 Neustadt a. d. W.
am 27.4.
Gisela Wilhelm
Ehrhardstr. 40 ▪ 55131 Mainz

■ zum 90. Geburtstag

am 19.4.
Armin Egelhof
Trifelsstr. 4 ▪ 66994 Dahn

■ zum 89. Geburtstag

am 07.4.
Elisabeth Schulzki-Magenheimer
Schillerstr. 77 ▪ 67071 Ludwigshafen
am 14.4.
Hermann Hettwer
Bleidenberger Weg 6
56283 Nörtershausen

■ zum 88. Geburtstag

am 13.4.
Arno Stein
Hohenstaufenstr. 9 ▪ 76829 Landau
am 23.4.
Hermann Hauss
V. Richthofen-Str. 28 ▪ 66849 Landstuhl

■ zum 87. Geburtstag

am 01.4.
Anton Huber
Heinrichstr. 2 ▪ 55411 Bingen am Rhein
am 14.4.
Edith Ammel
Hinter Mont 32 ▪ 56253 Treis-Karden
am 28.4.
Rudolf Eicher
Amselweg 12 ▪ 57581 Katzwinkel

■ zum 86. Geburtstag

am 27.4.
Marga Kranz
Am Wasserwerk ▪ 756642 Kruft

■ zum 85. Geburtstag

am 22.04.
Erika Fröhlich
Albrecht-Dürer-Ring 16
67227 Frankenthal
am 25.04.
Hermann Schömer
Bahnhofstr. 9 ▪ 654497 Morbach

■ zum 84. Geburtstag

am 18.04.
Rolf Fischer
Grafenwiese 27 ▪ 56566 Neuwied
am 23.04.
Werner Röckelein
Am Königsberg 15 ▪ 56859 Bullay

■ zum 83. Geburtstag

am 06.04.
Heinrich Götz
Auf der Joch 5 ▪ 54597 Pronsfeld

■ zum 82. Geburtstag

am 02.04.
Gisela Würde
Sackgasse 7
67596 Dittelsheim-Heßloch
am 12.04.
Heinrich Weth
Am Hungelsberg 9 ▪ 54311 Trierweiler

■ zum 81. Geburtstag

am 10.04.
Maria Simon
Fahnenstr. 34 ▪ 66955 Pirmasens
am 13.04.
Marlene Grotmann
Dreifaltigkeitsweg 48
53489 Sinzig/Rhein
am 20.04.
Norbert Haub
Urbanusstr. 24 ▪ 55268 Nieder-Olm
am 24.04.
Elisabeth Schwartz
Carl-Fr.-Gauss-Str. 32
67063 Ludwigshafen

■ zum 80. Geburtstag

am 16.04.
Heinz Schlepphorst
Heegwaldstr. 52 ▪ 55595 Braunweiler

■ zum 79. Geburtstag

am 08.04.
Anita Schäfer
Gartenstr. 22 ▪ 66849 Landstuhl
am 10.04.
Helmut Wollscheid
Neuwiese 6 ▪ 54296 Trier-Filsch
am 23.04.
Winfried Seifert
c/o Altenheim Kloster/Heisterbacher Str.
53639 Königswinter
am 28.04.
Manfred Stritzkelm
Grundacker 28 ▪ 54570 Pelm

■ zum 78. Geburtstag

am 01.04.
Felix Taufenbach
Georg-Büchner-Str. 5 ▪ 55129 Mainz
am 01.04.
Rainer Lehnert
Caspar-Olevian-Str. 3 ▪ 54295 Trier
am 02.04.
Otwin Pilz
Mondring 44 ▪ 56410 Montabaur
am 16.04.
Ignatz Hellinghausen
Rainstr. 55 ▪ 57518 Betzdorf
am 16.04.
Heinz Wiedemann
Im Bungert 28 ▪ 56850 Enkirch
am 17.04.
Hermann Klein
Hubertusstr. 81 ▪ 54439 Saarburg
am 20.04.
Hubert Braun
Dessauerstr. 8 ▪ 67663 Kaiserlautern

■ zum 77. Geburtstag

am 08.04.
Gisela Angsten
Kondelstr. 3 ▪ 56858 Altstrimmig
am 8.04.
Christian Kandels
Wirftstr. 33 ▪ 54589 Stadtkyll
am 11.04.
Anni Rosch
Im Hopfengarten 23 a ▪ 54294 Trier
am 15.04.
Ludwig Harde
Freih.-v.-Stein-Str. 17
76846 Hauenstein
am 17.04.
Elisabeth Krummenerl
Heinrichstr. 2 ▪ 57548 Wehbach
am 17.04.
Ute Klein
Charlottenstr. 10 a ▪ 54295 Trier
am 23.04.
Mechtild Schmitt-Bayer
Rheinallee 56 ▪ 56154 Boppard
am 29.04.
Elisabeth Müller
Kaysersbergst. 22
76829 Landau in der Pfalz

■ zum 76. Geburtstag

am 05.04.
Gerhard Settelmeyer
Käsgasse 10b ▪ 76863 Herxheim
am 06.04.
Ellen Leonards
Gartenstr. 46 ▪ 54317 Gusterath
am 08.04.
Heinz-Jürgen Schneider
Rheinheldestr. 14 ▪ 56567 Neuwied
am 11.04.
Armin Geyer
Südring 44 ▪ 76863 Herxheim
am 13.04.
Heinrich Daubländer
Hauptstr. 95 ▪ 56182 Urbar
am 20.04.
Egbert Wallerath
Südallee 37A ▪ 54290 Trier
am 26.04.
Anna Abel
Turnstr. 41 ▪ 66976 Rodalben
am 28.04.
Gilbert Duppich
Düsseldorfer Str. 8 ▪ 54550 Daun

■ zum 75. Geburtstag

am 03.04.
Franz-Josef Demacker
Michael-Felke-Str. 11 ▪ 55469 Simmern
am 03.04.
Hiltrud Schwemmler
Am Fort Josef 3 ▪ 55131 Mainz
am 06.04.
Christel Preker
Lindenstr. 17 ▪ 54662 Speicher
am 8.04.
Gisa Arndt
Im Borngraben 8 ▪ 56727 Mayen
am 14.04.
Hubert Plein
Auf Omesen 45 ▪ 54666 Irrel
am 18.04.
Adelheid Schirrmeister
In der Olk 6 ▪ 54290 Trier
am 25.04.
Irmgard Schmidt
Mühlenstraße 27
54518 Dreis b. Wittlich

■ zum 74. Geburtstag

am 01.04.
Franz Krob
Grünewaldstr. 25
66879 Kottweiler-Schwanden
am 08.04.
Walter Becker
Auf der Wart 25 ▪ 67269 Grünstadt
am 21.04.
Christa Kohler
Heidestr. 6 ▪ 66894 Bechhofen

■ zum 73. Geburtstag

am 6.04.
Ulrike Knieling
Hauptstr. 30 ▪ 56291 Niedert
am 10.04.
Hermann-Josef Weinand
Kalter Str. 13 ▪ 56294 Münstermaifeld

■ zum 72. Geburtstag

am 02.04.
Anita Wilhelm
Riedstr. 11 ▪ 76889 Steinfeld
am 20.04.
Hildegard Zimmer
Am Weinberg 10 a ▪ 54518 Dreis
am 21.04.
Rainer Holz
Brandenburger Str. 36d
66976 Rodalben
am 24.04.
Christof Wilke
Zum Sperberwäldchen 10
54634 Bitburg
am 26.04.
Magdalena Muhl
Siemensstr. 9 ▪ 67259 Beindersheim
am 27.04.
Ilse Brinkmann
Veilchenweg 3 ▪ 67346 Speyer

■ zum 71. Geburtstag

am 01.04.
Dieter Theusinger
Im Stift 15 ▪ 67147 Forst
am 03.04.
Werner Lehnen
Auf dem Garten 1 ▪ 54673 Karlshausen
am 06.04.
Christa Baqué
Südstr. 16 ▪ 66917 Knopp
am 15.04.
Rita Fröhling
Hauptstr. 26 ▪ 56761 Gamlen

■ zum 70. Geburtstag

am 03.04.
Maria-Theresia Landau
Ehrhardstr. 1 ▪ 55131 Mainz
am 04.04.
Hermann Schäfer
Pfeifersweg 11 ▪ 56566 Neuwied
am 05.04.
Gert Manstein
Zum Rollkopf 24 ▪ 54516 Wittlich
am 08.04.
Angelika Horbach
Kammerforststr. 8 ▪ 54439 Saarburg
am 13.04.
Monika Krämer
Brenderweg 88 ▪ 56070 Koblenz
am 19.04.
Karl-Josef Klöffer
Eduard Jost Str. 16
67067 Ludwigshafen
am 30.04.
Gerhard Elsen
Berliner Str. 22 ▪ 54614 Schönecken

VBE Mainz:
Jahresempfang der Wirtschaft – mit Kanzlerin

Der diesjährige Jahresempfang der Wirtschaft in der Mainzer Rheingoldhalle stand ganz im Zeichen des Jubiläums „200 Jahre Rheinhessen“. Und so waren auch besondere Gäste angesagt auf der größten Gemeinschaftsveranstaltung des Mittelstands und der freien Berufe in Deutschland. Immerhin vertreten die Kammern über 113.000 Unternehmen der Region mit mehr als 418.000 Beschäftigten.

Jedoch bevor Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihren Auftritt hatte, gaben einige Kammerpräsidenten ihre Wünsche an die Politik ab. Insbesondere der Bildungsbereich stand im Mittelpunkt der Redner. So macht der steigende Mangel an Auszubildenden und somit in der Folge auch Facharbeitern den Mittelständlern immer mehr Sorgen. Die Schüler sollten mehr auf das Berufsleben vorbereitet und für die Berufsausbildung motiviert werden. Auch die Ungleichbehandlung von kostenfreiem Studium und nicht kostenfreier Meisterausbildung wurden kritisiert.

Hier müsste wieder mehr eine Balance von Berufsausbildung und Studium entstehen, so die Kanzlerin in ihrer Ausführung. Dabei kann das auf den Weg gebrachte Meister-Bafög zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen. Allerdings muss auch dieser Weg unseren jungen Menschen in den allgemeinbildenden Schulen stärker nähergebracht werden, so Angela Merkel weiter. In die gleiche Kerbe schlug auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die in ihren Ausführungen bedauerte, dass Schüler und Eltern offenbar nur glücklich sind, wenn das Kind Abitur hat und dann studiert. Die Wertigkeit der Ausbildung muss wieder an Bedeutung gewinnen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel in Mainz

Nach dem offiziellen Teil konnten in vielen Gesprächen mit Kammermitgliedern und Vertretern der Politik VBE-Positionen nähergebracht werden.

Dr. Markus Bachen
VBE-Kreisvorsitzender

VBE-Kreisverband Pirmasens-Zweibrücken
Tagesfahrt nach Mainz

Termin:	**Samstag, 9. April 2016**
Anmeldung:	**bis 18.3.2016 bei André Wünstel, 06391/910011, wuenstel@yahoo.de. Eine persönliche Einladung erfolgt per Mail bzw. per Post.**
Programm:	Hinfahrt mit dem Bus, Stadtrundfahrt mit dem Gutenberg-Express, Mittagessen im Eisgrub-Bräu, Führung SWR Funkhaus

Samstag 09.04.2016

VBE-Kreisverband Germersheim
Informationsveranstaltung zum Planstellenvergabeverfahren

Ort:	**Gaststätte „Quetschkommod“ in 76870 Ottersheim, Germersheimer Str. 4**
Termin:	**27. April 2016, 16.00 Uhr**
Anmeldung:	**mit Angabe der Schulart bis zum 22.04.2016 bei m.kulpe@vbe-rp.de**
Programm:	Die Referentinnen Iris Segrodnik und Sabine Mages sind für den VBE Rheinland-Pfalz im Bezirkspersonalrat der Grundschulen tätig. Sie werden in einer Präsentation das Planstellenvergabeverfahren vorstellen und allgemeine Fragen dazu beantworten. Im Anschluss haben die Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, in Einzelgesprächen Informationen zum aktuellen Stand ihrer Bewerbung zu erhalten. Diese Veranstaltung richtet sich an Vertretungslehrkräfte mit der Qualifikation Grund- und Hauptschullehrer/-in, Förderschullehrer/-in, Realschullehrer/-in und Realschule plus-Lehrer/-in.

Mittwoch 27.04.2016 16.00 Uhr

*(und Lehrerinnen natürlich auch)

... wenn sie – mit missionarischem Eifer – für ihr Kunstverständnis werben:

Bilder bedecken die Blößen der Wand und entblößen den Geschmack des Besitzers ...

Große Künstler sind stinknormal, die Spinner sind höchstens mittelmäßig ...

Die produzieren im Kannebäckerland alles, vom Gartenzwerg bis zur Mutter Gottes ...

... wenn sie sich auf höchstem literarischen Niveau bewegen:

Mancher Deutschlehrer predigt Goethe und liest lieber Wallace ...

Legenden sind Lügen mit Heiligenschein ...

... wenn sie den Massenmedien Beachtung schenken:

Nein, die Menschen sind nicht schlechter geworden, die Berichterstattung ist nur gründlicher ...

Das Klugscheißen in den Fernsehmagazinen hat seinen Ursprung in den Schulen ...

Zitate aus dem echten Schulleben, gesammelt von Dr. Dieter Kroppach (†), meinem Deutschlehrer

br

Das große „Ab heute lebe ich nur noch gesund und lese nicht mal das Fettgedruckte“-Rätsel.

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben den Lösungssatz.

Viel Spaß wünscht die Redaktion!

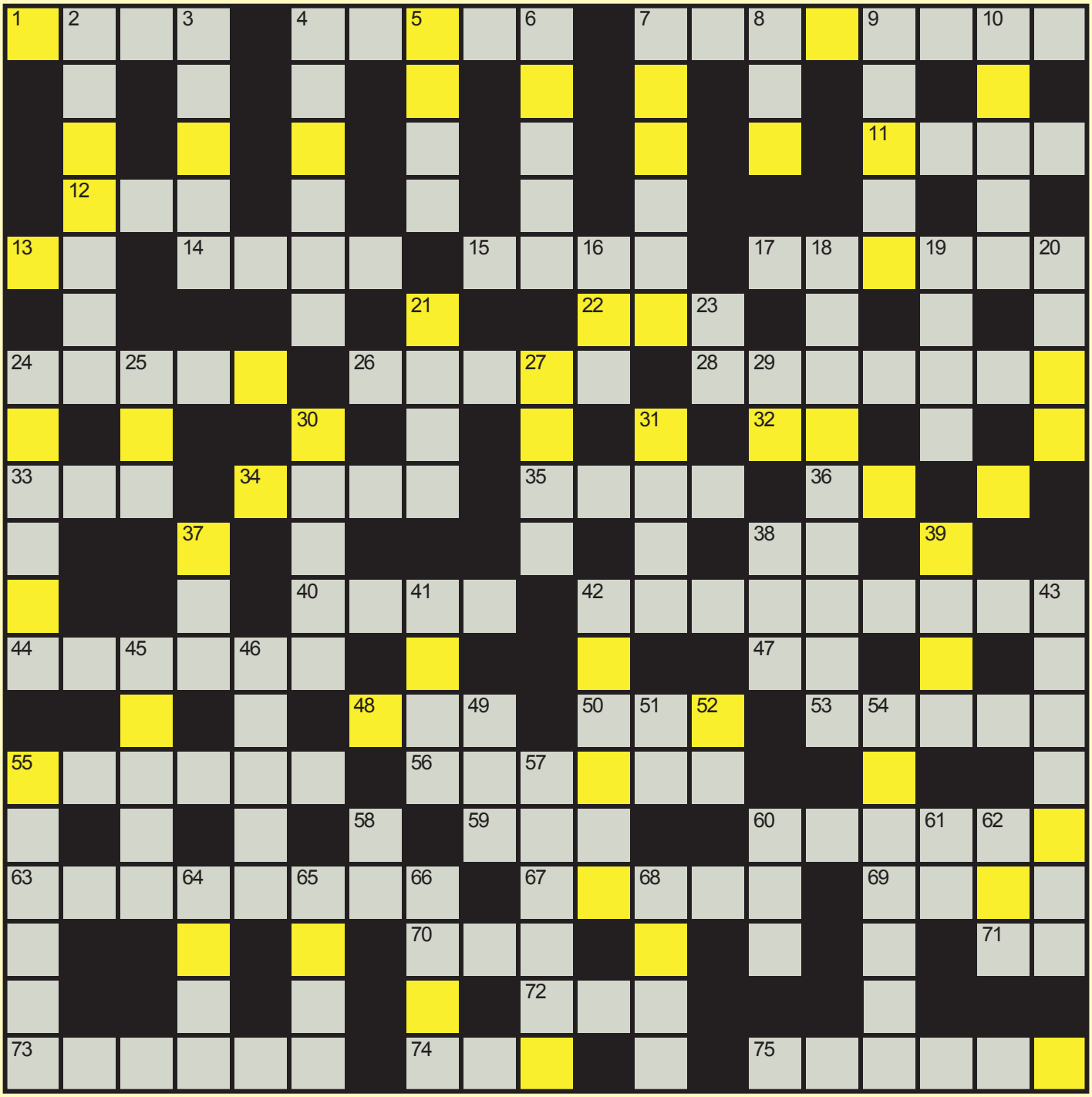
waagerecht:

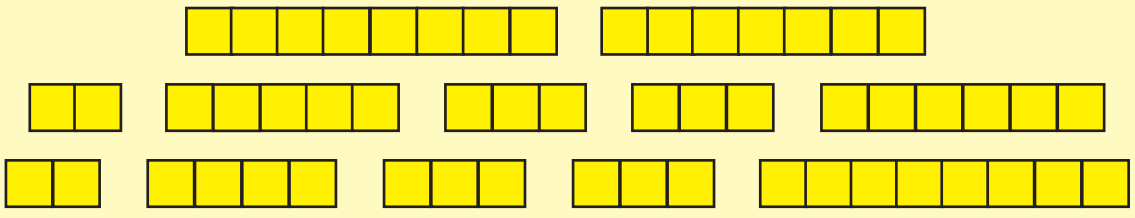
1 James hat die sogar doppelt
4 s. 24 waager.
7 Sein bestes Jahr war 1492
11 „Bauer sucht Frau“-Agentin (Vorn.)
12 Nicht fern
13 Horror-Film von Stephan King
15 Farbe oder Zustand?
17 Immer zu viel
22 Who‘s who?
24 Spaßvogel
26 Kann man kein Quadrat draus machen
28 Rangordnung
32 Top-Level-Domain Malta
33 Viel besser als Röntgen
34 Macht groß aus klein
35 Hängt hinterm Trecker
36 Geburtsort vom alten Kniefall-Willy (KFZ-Kennz.)
38 Open Interest
40 Da fängt Asien an
42 Sitz zum Runterklappen
44 Figur, Gestalt
47 Apolda (KFZ-Kennz.)
48 Verwesender Tierkörper
50 Nicht alt
53 Echt eklig
55 Produktionsstätte
56 Swinging City
59 Schon wieder ‘n Buch von Stephen King
60 Der „Diener“ vom Computer
63 Da ist alles so romantisch
67 weiblicher Vorname
69 Quatsch keine ?, fang an!
70 In der ? schmeckt die Wurst auch ohne Brot
71 Stadt mit Vorwahl 0209 (KFZ-Kennz.)
72 ? Freunde müsst ihr sein
73 Hat jeder von uns
74 Der macht die Musik
75 Keine ? Lieblings-Schülerantwort

senkrecht:

2 Das, was man für etwas Bestimmtes braucht
3 Schnellste Sache, wo gibt
4 So eine Frechheit
5 Form wie ‘n Ei
6 Katmandu, I‘ll soon be seeing you – (Hauptstadt von ?)
7 Soziale Gruppe
8 Gehe nicht über ? – Gehe direkt in das Gefängnis!
9 Gibt es intelligentes Leben südlich von Wiesbaden? Na klar: hier
10 Geschwür
16 Anrufweiterschaltung
18 Mutter aller zickigen Oberzicken
19 Zeitlos, ohne Ende
20 Heimat von Lindwurm und Einhorn
21 Letzte Station vor letzter Ausfahrt
23 Blutdruckmessgeräterfinder
24 Feld
25 Hier geht’s raus
27 Ne ? wie‘s weitergehen soll? Nö!
29 Vormittags
30 Zurück in die Zukunft
31 Ganz egal was Sie hier reinschreiben
37 Ein Mann sieht ?
38 Daddy‘s Daddy
39 Der Weg ist das ?
41 Bürgschaft
42 Gibt’s in der Schule massenhaft
43 Cohiba ist eine der Besten
45 Das Weiße von den Beatles war schon sehr gut
46 Das U bei CD und CS
49 Wer das morst, hat echt Probleme
51 Endokrine Orbitopathie
52 Vereinte Nationen
54 Braucht der Flieger zum Abheben
55 Kind von 60 senkr.
57 ? in Nadelstreifen
58 3,14 und noch ein paar Stellen hinterm Komma
60 Mutter von 55 senkr.
61 Vollpension
62 Solange dieses Gerät noch was messen kann, ist noch was los in der Birne
64 ? – Erbahn
65 Der Donnerheini
66 Eisbärbaby von 2006
68 Vorname von RMATION

kfs





Apropos Landtagswahlen ...